

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhaltlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Bellagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 13. Oktober 1931 Nummer 168

## Gegen die Reichen — für die Armen!

# Anträge der KPD im Reichstag

Weg mit den Notverordnungen / Schluß mit den Tributzahlungen / Arbeit, Brot und Freiheit für das werktätige Volk / Billige  
Lebensmittel / Winterbeihilfen für die Erwerbslosen / Kinderpflegung statt Panzerkreuzer

## Erhöhte Aktivität im Massenkampf des werktätigen Volkes für die Durchsetzung dieser Forderungen!

Die ungeheure Not des werktätigen Volkes wird durch die bestehende Krise immer mehr verschärft, die letzten Reste politischer Freiheit sind für die Werktätigen aufgehoben. Der kapitalistische Wankrott bringt täglich neue Massentötungen, Vertreibungsbefehle, massenhafte Zusammenbrüche kleiner Geschäftsbetriebe und Kleinbauern, Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Unterhaltungen. Die Parteien von der SPD bis zu den Nazis sind Parteien der kapitalistischen Klasse, die, um das kapitalistische System aufrechtzuerhalten, dem werktätigen Volk immer neue Opfer auferlegen. Als einzige Partei führt die kommunistische Partei die arbeitenden Massen im Kampf um Brot und Arbeitsmöglichkeit, im Kampf um bessere Zustände zu kämpfen.

Die Anträge, die die kommunistische Partei für die bevorstehende Sitzungsperiode des Reichstages gestellt hat,

liegen in dieser Richtung, sie stellen die Kampfziele für den gegenwartsnahen politischen Kampf des werktätigen Volkes auf. Ziel der Stellungnahme zu diesen Anträgen werden sich die kapitalistischen Parteien, vor allem die Nazis und die SPD, immer wieder erkennen. Es wird sich zeigen, daß die Nazis immer noch gegen solche Mindestanträge, wie die Winterbeihilfen für die Arbeitslosen, stimmen. Nazis und SPD werden die Anträge im Interesse des werktätigen Volkes ablehnen und vor den Großkapitalisten jede Belastung fernhalten. Aber um so größere Massen werden den Beitrag der KPD und Sozialisten erkennen, sich von diesen Parteien abwenden und unter Führung der kommunistischen Partei für Brot und Arbeit kämpfen.

### Aufhebung der Notverordnungen

Was allen Dingen fordert die kommunistische Reichstagsfraktion in ihren Anträgen die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen der Brüningregierung, die dem werktätigen Volk so unersetzliches Leid gebracht haben. Die Aufhebungsanträge sind für jede einzelne Notverordnung besonders gestellt, ebenso ist ein Antrag auf Aufhebung der preußischen „Sparsnotverordnung“ eingebracht worden.

### Einstellung der Tributzahlungen

In einem der wichtigsten Anträge fordert die KPD, alle Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages sofort einzustellen sowie alle sogenannten privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland für null und nichtig zu erklären und jede weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen als Kapitalverflechtung mit schwerer Strafe zu bedrohen.

Die ungeheuren Lasten des Youngplans sowie die in der Hauptphase aus den Tributzahlungen resultierenden Milliardenlasten für Auslandsschulden werden voll und ganz auf das arbeitende Volk abgewälzt. Der Antrag der KPD zeigt, wie die Kommunisten diese Frage lösen werden, wenn sie an die politische Macht gelangt sind.

Ein weiterer Antrag fordert den Austritt aus dem Völkerbund, der sich deutlich genug als Organisation zur Aufrechterhaltung des Versailler Systems und der Einkreisung der Sowjetunion gezeigt hat.

### Politische Freiheit für die Werktätigen

Gegen die Aufhebung der letzten politischen Freiheiten des werktätigen Volkes wendet sich die KPD, mit dem Antrag, der fordert:

Mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, alle Demonstrationsverbote, alle Verbote kommunistischer Zeitungen aufzuheben und die politische Überwachung aller Arbeiterversammlungen (öffentliche Versammlungen, Mitgliedereversammlungen, Belegchaftsversammlungen) einzustellen.

Ferner hat die KPD einen Antrag auf Gewährung von Straffreiheit (Amnestie) für alle proletarischen politischen Gefangenen sowie für alle, die infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Not wegen Notdelikten verurteilt wurden oder angeklagt sind, eingebracht. Insbesondere werden darin erwähnt Verstöße gegen Paragraph 218 sowie Nothandlungen der Kleinbauern und Kleinhandwerkerbetriebe.

### Weg mit billigen Lebensmitteln!

Infolge der rückwärtsgehenden Sozialpolitik der herrschenden Klasse sind die Lebensmittelpreise in Deutschland doppelt, dreifach oder gar vierfach höher als im Ausland. Die kommunistische Partei

beantragt daher Aufhebung sämtlicher Zölle, die die Lebenshaltung des werktätigen Volkes verteuern. Für den Fall der Ablehnung des weitestgehenden Antrages auf Aufhebung der betreffenden Zölle, stellt die KPD einen Ewigenantrag auf Zollfreiheit für Getreide und Reis, Hülsenfrüchte, Knollen- und Wurzelgewächse, Grün- und Rohwolle, Düngemittel, Zellulose und Sämereien, Holzwaren, Steinwaren, Eisen und Eisenlegierungen und Maschinen.

Diesen Forderungen werden insbesondere die werktätigen Kleinbauern zustimmen, die durch die Hochschuldschulden nur ungenügend geschützt werden. Die Künftler der Hochschuldschulden, die Großgüter und industriellen Großproduzenten, insbesondere die Schwerindustrie werden selbstverständlich gegen die Forderungen der KPD alle Mägen springen lassen.

Zugunsten der Kleinbauern, Kleinwinger, Forst- und Landarbeiter wurden eine ganze Anzahl Anträge auf Hilfe gestellt, insbesondere auch für diejenigen, die infolge der Hochschuldenkatastrophe in schwere Not geraten sind. Die Mittel für diese Hilfe sind durch entsprechende Abträge im Reichswehretat aufzubringen.

### Weg mit den Massenbelastungssteuern!

Die ungeheure Not der Werktätigen in Stadt und Land ist vor allem infolge der Steuern, die nur die breiten Massen belasten, so verarmt geworden. Die kommunistische Partei fordert daher Streichung der Massenbelastungssteuern, Einstellung der Steuern

(Fortsetzung auf Seite 2)

# Kampf den Inflationsverbrechern

## Kommunistische Partei fordert Verhaftung Hitlers und Hugenbergs, Schachts, Seldies, Duesterbergs

Die Reichstagsfraktion der kommunistischen Partei Deutschlands übermittelt uns nachfolgendes Communiqué:

„Auf Befehl des Zentralkomitees der KPD, hat die Reichstagsfraktion der kommunistischen Partei Deutschlands nachfolgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen:

Hans G. Hitler, Eugen Hugenberg, Schacht, Seldie, Duesterberg, die auf der Harzburger Tagung der sogenannten „Nationalen Opposition“ durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landeserrates an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, sind sofort zu verhaften.“

Dieser Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde durch die Rede veranlaßt, die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht auf der Harzburger Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ gehalten hat. Dieses Auftreten Schachts, das im Sinne der Bestrebungen eines großen Teiles des deutschen Finanzkapitals, führender Kreise der Schwerindustrie und der Großgüter, dazu dienen soll, die Inflation in Deutschland in beschleunigtem Tempo herbeizuführen, erfolgte mit Wissen und Einverständnis sowie unter Billigung der übrigen Führer der Harzburger Tagung, insbesondere der Führer der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms.

Es handelt sich also um ein verbrecherisches Komplott mit dem Ziel, das deutsche Volk erneut wie im Jahre 1923 in das Elend der Inflation zu stürzen. Die Harzburger Tagung war somit keineswegs eine Tagung einer nationalen Opposition, sondern eine Aktion des Hoch- und Landeserrates gegen das werktätige deutsche Volk, mit deren Hilfe die Masse der kleinen Sparsparungen des Großkapitals enteignet und durch die Entwertung der Löhne, Gehälter und Unterhaltungen mittels Inflation, die Masse der Betriebsarbeiter, Angestellten, Beamten und Unterstützungsempfänger in namenloses Elend gestürzt werden soll.

Die KPD, feldet mit diesem Antrag auf Verhaftung der Schuldigen eine Mobilisierung aller werktätigen Schichten gegen die Inflationsverbrecher und ihre Pläne ein.“

## Leipziger SUZ löst sich auf!

Der Radikalisierungstypus der linken Arbeiter in der Leipziger Sozialistischen Arbeiter-Jugend, der mit dem geschlossenen Uebertritt der Funktionäre der Gruppe Reudnitz zum KPD eingeleitet wurde, hat in der vergangenen Woche rasende Fortschritte gemacht. Der Erklärung der übergetretenen Genossen aus Reudnitz haben sich inzwischen noch weitere 12 Genossen angeschlossen, so daß insgesamt 20 Funktionäre und Mitglieder der Reudnitzer SUZ bereits den Weg zum Kommunismus gefunden haben.

Eine bedeutungsvolle Entwicklung hat sich auch in der Gruppe „Bebel“ (Alt-Leipzig) eingestellt. Dort sollte in einer

Mitgliederversammlung am Freitagabend der bisherige zweite Vorsitzende des Bezirks, Herbert Bergner, ein Referat über die politische Lage halten. Obwohl es ein einstimmig gelauter Bescheid der Funktionäre war, verhandelte die Bezirksleitung dieses Referat mit der Begründung, daß Bergner oppositionell eingestellt sei. Mit Unterstützung der erschienenen Parteimitglieder, die eine der berühmtesten Reichsbanner-Schlagerkolonnen in Beizschlag hielten, wurde Bergner am Abend verhaftet.

Trotz heftigsten Widerstand der Genossen sprach Bergner zum Schluß der Versammlung gegen die niederträchtigen Methoden der Parteibürokraten und schloß mit einer Uebertrittserklärung zum KPD, in der es unter anderem heißt:

„Die kommenden politischen Kämpfe können nur von einer Partei geführt werden, welche die notwendigen Kampferfahrungen besitzt und in den Massen verwurzelt ist. Darum können wir aus dieser Situation nur die einzig mögliche Konsequenz ziehen, die von dem Genossen Dettlinghaus und der Genossin Torhorst aufgezeigt wurde.“

Die Unterzeichneten erklären darum mit dem heutigen Tage ihren Uebertritt zur KPD bzw. zum KPD, um an ihrer Seite für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sozialismus zu kämpfen.

Herbert Bergner, 2. Bezirksvorsitzender der SUZ Alt-Leipzig  
Rudolf Wenzel, 1. Schriftführer, Martin Helas.“

Und ihr oppositionellen Dresdner SUZler? Wie lange wollt ihr den schwankenden Führern vom Schläger der Fabian, Wagner folgen?

Reicht auch ihr euch ein in den KPD!

Kommt alle in die Versammlung, heute abend um 8 Uhr im Keglerheim Friedrichstraße.

## Streit bei Linke-Hoffmann

Breslau, 12. Okt. (Eig. Ber.)

Die Belegchaft der Linke-Hoffmann-Werke, in Stärke von 1000 Mann, ist heute mittag geschlossen in den Streit getreten.

Der Kampf der Linke-Hoffmann-Arbeiter geht gegen den fortgesetzten Alford-Lohnabbau, die Direktion fordert einen neuen Abbau bis zu 30 Prozent. Schon am letzten Donnerstag waren deshalb 3 Abteilungen in passive Resistenz getreten, am Freitag trat die gesamte Belegchaft in passive Resistenz. Am Sonnabend legte der Unternehmer eine Forderung ein und stellte am Montag die Lohnabbauforderung härter. Daraufhin trat die Belegchaft in den Streit.

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse begrüßt diesen Kampf der Belegchaft gegen Lohnabbau. Das Beispiel muß in Sachsen überall befolgt werden.

Kommunistische Anträge im Reichstag

(Fortsetzung von Seite 1)
Subventionen an die Unternehmer und Banken, Einstellung der Zahlungen an die Fürsten sowie an die Religionsgesellschaften.

Es sind Anträge gestellt auf Aufhebung der Reisesteuer, der Bedienstetensteuer, der Umsatsteuer, der Zinsteuer, der Lohnsteuer, der Bürgersteuer, der Gemeindeabgabensteuer, der Gemeindebeitragssteuer. Das steuerfreie Existenzminimum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark soll auf 2400 Mark erhöht werden.

Beantwortet wird von der SPD. Statt dessen eine Sondersteuer auf alle großen Vermögen über 500 000 Reichsmark, eine Sondersteuer auf alle großen Einkommen über 30 000 Reichsmark, restlose Eingabe aller Aufsichtsratsaktien und Dividenden. Für die Gemeinden wird eine Sondersteuer auf alle Einkommen von 30000 Mark jährlich in Höhe von 20 Prozent vorgeschlagen.

Für die Arbeitslosen- u. Notleidenden-Winterhilfe

In einem der aktuellsten Anträge fordert die SPD die Gewährung einer Winterbeihilfe an alle Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie für alle Fürsorgeberechtigten. Die Winterbeihilfe soll 100 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger betragen; Unterhaltberechtigte und Empfänger von Waisenrente sollen je 20 Mark erhalten.

Ein äußerst wichtiger Antrag fordert an Stelle des völlig durchfallenen Arbeitslosenversicherungsgesetzes ein neues, anderes Arbeitslosenversicherungsgesetz. Sämtlichen Arbeitslosen soll für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit eine menschenwürdige Unterstützung gewährt werden, die Kosten sollen die Unternehmer aufbringen.

In einem besonderen Eventualantrag wird die sofortige Rückgängigmachung der durch den Vorstand der Reichsanstalt angeordneten Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf 20 bzw. 16 Wochen gefordert.

Gegen das Abbauprogramm, gegen die Gehalts-, Lohn- und Unterstützungskürzungen

Dem Abbauprogramm des Deutschen Städtetages stellt die kommunistische Partei ein Gegenprogramm entgegen, in dem Rückgängigmachung aller Abbaumaßnahmen, aller Gehalts-, Lohn- und Unterstützungskürzungen für Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte der Gemeinden, der Länder und des Reiches gefordert wird.

In derselben Richtung liegt auch der von der SPD eingebrachte Entwurf über ein Reichswahlrechtsreformgesetz, das allen Notleidenden menschenwürdige Unterstützung bringen soll.

Gegen den Abbau des Mieterschutzes, gegen Mietwucher!

Ein wichtiger kommunistischer Antrag fordert Rückgängigmachung des bisher erfolgten Abbaus des Mieterschutzes. Darin wird auch die Abschaffung der Hausmietsteuer gefordert, wobei die gesetzliche Miete um den Betrag der Steuer herabgesetzt werden muß.

Verteidigung des Streikrechts

Durch die Tarif- und Schlichtungspolitik der Lohnabbaugewerkschaften, wie durch den Einsatz der staatlichen Machtmittel bei Arbeitskämpfen ist das Streikrecht praktisch aufgehoben. In einer Interpellation Torgler, Hekert, Dabbe, Ulrich, Kädel werden zahlreiche Tatsachen über den Einsatz der Polizei bei Arbeitskämpfen beigebracht.

Damit ist ein Teil der wichtigsten Anträge erwähnt. Nicht vergessen sollen wir noch den bedeutsameren Antrag, den Bau des Panzerkreuzers B einzustellen und die dafür vorgesehenen Mittel zur Durchführung der Kinderpeinigung zu verwenden.

Die Rettung des werktätigen Volkes kann nur der schärfste Kampf gegen alle Verschlechterungen, der außerparlamentarische Massenkampf um Brot und Arbeit bringen. Die verschärfte Offensive der Kapitalisten wird die Verstärkung der Gegenwehr der Werktätigen zur Folge haben.

Süddeutsche NS beschlagnahmt!

Stuttgart, 12. Oktober. (Eig. Meldung.) Die Ausgabe der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 12. 10. wurde auf Grund der Notverordnungen beschlagnahmt mit der Begründung, in einem Artikel „Pfarer Ebert“ sei die Kirche böswillig beschimpft und verächtlich gemacht worden.

Heute Reichstagsitzung

SPD rettet Brüningdiktatur!

Neuer Verrat und Lohnabbau durch „Arbeitsgemeinschaften“ in Vorbereitung / SPD-Arbeiter, Reichsbauern Führern den Rücken / Folgt Lorch, Dellringhaus, Ebert! / Kämpft mit der SPD für eure Interessen

Die erste Sitzung, die der deutsche Reichstag heute nach fast halbjähriger Pause abhält, wird sich mit der Regierungserklärung befassen, die gestern im neuen Kabinett vereinbart worden ist und heute vom Reichskanzler verlesen werden soll.

Das Zentrum hat gestern in einer Fraktionsitzung nach einer einstündigen Rede Brünings, das volle Vertrauen für die Regierung ausgesprochen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die gestern ebenfalls ihre Fraktionsitzung abhielt, will ihre Forderungen politisch fortsetzen.

Der Inhalt der heutigen Regierungserklärung war der sozialdemokratischen Fraktion gestern bestimmt genau so bekannt wie der Böllsche Zeitung, trotzdem fühlt sie sich nicht „von der Hand gestochen“. Weiterer Lohnabbau, der in der Sozialpolitik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft durch den Punkt „Wahrung der Ruhe im Innern“ gehen die Sozialdemokraten nicht anlassen wollen.

Brüning-Groener — Militärdiktatur-Regierung

Brüning hat am Freitag Hindenburg keine neue Ministerliste unterbreitet und diese Liste ist von Hindenburg bekräftigt worden. Außer Warmbold, der das Wirtschaftsministerium übernimmt und Direktor der IG-Farben ist, enthält die Liste keine neuen Namen.

Die Führung der Regierungskräfte, ihre Überwindung auf diesem, von Hindenburg-Brüning eingeschlagenen Wege ist keineswegs überraschend, noch ist die Methode originell. Der Versuch, auf dem üblichen parlamentarischen Wege eine Regierung zu bilden, stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Die Regierung Brüning führte infolge der politischen Krise, der ungeheuren Klassengegensätze, die ihren Wurzeln haben, und in dem wachsenden Massenstreik der Arbeiter. Die Antwort der Bourgeoisie ist: Neue Diktaturmaßnahmen und die Regierung Brüning-Groener, die verlässliche Militärdiktatur.

Neues in Kürze

Ichangsai-Gel fließt am Montag in Hankow ein. Der preußische Finanzminister Hoyer-Hackhoff hat seinen Rücktritt erklärt und damit begründet, daß er mit Unterstützung der Regierungsparteien nicht in ausreichendem Maße rechnen kann.

ROD-Ergebnis bei Betriebsrätewahl

Table with 4 columns: Partei, Stimmen, Mandate, Prozent. Includes SPD, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahn, Deutschnationale, Christliche.

Die in der Kammer angegebenen Zahlen sind die Ergebnisse der Wahl vom 23. März 1931. Diese Wahl wurde auf Verlangen der Reichsregierung nicht aufgestellt worden, da sie ungültig erklärt ist.

100 neue Parteimitglieder pro Tag

Das Sekretariat der SPD Niedersachsen teilt mit, daß bis Montagabend allein seit dem 1. Oktober über 400 Parteimitnahmen gemeldet worden sind.

Nazi brügeln — Kommunisten beurteilt

Im „Sozialstaat“-Prozess sprach das Gericht die angeklagten fünf Nationalsozialisten „wegen Mangel an Beweisen“ frei. Beurteilt wurden der Kommunist Stumpf wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis.

# Japans Besatzungstruppen in Schanghai

## Militärparade im Zentrum der Stadt — Japanische Demonstranten terrorisieren das Chinesenviertel — Blutige Unterdrückung der antijapanischen Massenbewegung

Peking, 12. Oktober. Der mandchurische Krieg beginnt auf ganz China überzupringen. In den letzten Tagen haben japanische Kriegsschiffe in Schanghai Infanterietruppen in Stärke von über 1000 Mann und zahlreiche Maschinengewehre und Feldgeschütze gelandet. Heute wurden von mehreren Kreuzern weitere 1100 Mann Marine- und Infanterietruppen gelandet. Im Hafen von Schanghai liegt eine ganze japanische Kriegsflootte vor Anker, die ihre Geschütze drohend auf die Stadt richtet.

Die japanischen Militärbehörden betrachten sich bereits als die Herren in Schanghai. Gestern fand eine kriegerische Parade der japanischen Truppen im Stadtzentrum statt. Abends veranstalteten die japanischen Kolonisten in Stärke von mehreren tausend Mann im Chinesenviertel eine provokatorische Kundgebung, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit den Chinesen kam.

Die Japaner kirmten die chinesischen Läden, die japanische Waren verkauften, zertrümmerten Fenster und Türen, auf denen japanfeindliche Plakate angebracht waren und demolierten chinesische Nebengebäude. Das alles geschah, ohne daß die chinesische Polizei eingeschritten wäre.

Während der Krieg in der Mandchurei in den blutigsten Formen weitergeht, dringen japanische Kriegsschiffe bereits bis ins Innere Chinas vor. Gestern wurde ein starkes japanisches Luftgeschwader über Tientsin beobachtet.

### Neue Bombenangriffe

Peking, 12. Oktober. Japanische Flugzeuge besetzten die Stadt Kiangsu mit Bomben und zerstörten mehrere Stadtteile. Ferner bombardierten japanische Flugzeuge den Eisenbahnenstationenpunkt Taonan in der Mandchurei. Die Anlagen wurden vollständig zerstört.

### Amerika greift ein

Der japanische Truppenaufmarsch in Schanghai hat in Amerika starke Beunruhigung hervorgerufen. Die amerikanische Imperialistenpresse fordert ein aktives Eingreifen Amerikas. Inzwischen hat das amerikanische Außenamt eine Note nach Genf gerichtet, in der der Völkerbund aufgefordert wird, mit größter Energie gegen Japan und China vorzugehen. Gleichzeitig wird ein unabhängiges Vorgehen der USA. angefordert.

Das japanische Kabinett hat bereits jede Intervention, sei es von Amerika oder von Seiten des Völkerbundes, zurückgewiesen.

### Hunger in Mufden

Peking, 12. Oktober. Wie die Chardiner Blätter melden, herrscht in Mufden großer Mangel an Lebensmitteln, da die Vorräte für die Bedürfnisse der japanischen Armee rekrutiert werden. In den Gefängnissen erhielten die Gefangenen von einigen Tagen kein Brot mehr.

Nur ein Drittel der Bevölkerung, diejenigen, die keine Mittel zur Flucht besaßen, sind in der Stadt zurückgeblieben. In Mufden arbeiten tatsächlich nur 20 Prozent der chinesischen Betriebe.

### Antijapanische Kundgebungen in Kanton blutig unterdrückt

Die Kuomintang im Bunde mit den Imperialisten  
Am Sonntag fand in Kanton eine Parade aller Waffengattungen der chinesischen Armee statt. Ichangtschai hielt eine große politische Rede, in der er es jedoch mit Absicht vermied, auf den Krieg in der Mandchurei einzugehen (!) und sich lediglich auf die Feststellung beschränkte, das chinesische Volk habe durch seine Gebuld bewiesen, daß es keinen Krieg wolle und dürfe deshalb hoffen, daß es die Weltmeinung

auf seiner Seite habe. Jeder Versuch, antijapanische Reden zu halten, wurde von der Polizei unterdrückt. Nicht einmal die örtlichen Kuomintangführer bekamen das Wort.  
Schanghai, 12. Oktober. In Kanton kam es im Anschluß an japanfeindliche Kundgebungen, an denen eine große Menschenmenge beteiligt war, zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die gegen die Kundgebungen vorging. Die Polizei machte dann von der Schußwaffe Gebrauch. 12 Personen wurden getötet und 20 verletzt.

### Nankings Divisionen geschlagen

#### Ein neues Sowjetgebiet

Peking, 12. Oktober. Die letzten Nachrichten melden neue Niederlagen der Nankinger im Kampf gegen die rote Armee. Vier Nankinger Divisionen in Kiangsi und eine Brigade südlich von Suipei wurden geschlagen. Ein großer Teil dieser Brigade ist zu den „Roten“ übergegangen. Die Regierungstruppen ziehen sich zurück und erleiden gewaltige Verluste. Die rote Armee hat viele Kommandeure gefangen genommen. Aus den eingegangenen Nachrichten kann man darauf schließen, daß es sich um die 3., 4., 47., 54. und 24. Nankinger Divisionen handelt.  
Demnach ist auch die dritte Attacke der Kuomintangstruppen gegen die chinesische rote Armee zurückgeschlagen. An den Grenzen der Provinzen Schansi, Shenji und Szechuan, an den Ufern des Gelben Flusses wurde ein Sowjetgebiet organisiert, eine Sowjetregierung gebildet und eine rote Armee organisiert. In dem Rayon sind viele neue Schulen entstanden.

# Der Dollar taumelt in die Inflation

## Goldhunger in Amerika — Riesige Dollarverkäufe in Frankreich — In zehn Tagen Goldverluste im Betrage von 2,6 Milliarden Mark — Philadelphia zahlt keine Kommunalgehälter

New York, 12. Oktober. Die „New York Times“ meldet in alarmierender Aufmachung, daß trotz der beruhigenden Versicherungen des Schatzamtes und der Banken das Vertrauen zur Dollarwährung in der Öffentlichkeit bedenklich erschüttert sei. In Amerika selbst hat ein Sturm auf die Banken eingesetzt. Jeder will seine Dollarsnoten gegen Gold eintauschen. Die Nachrichten über die Finanzlage Amerikas haben auch in Frankreich eine Inflationssphäre geschaffen, die zu riesigen Dollarverkäufen geführt hat.

Die Goldabberufung aus den Vereinigten Staaten erreichte am letzten Freitag die Rekordhöhe von 69 Millionen Dollar. Seit Anfang Oktober haben die Vereinigten Staaten rund 145 Millionen Dollar hauptsächlich nach Frankreich ausgeführt und 485 Millionen Dollar für französische Rechnung zur Verfügung gestellt.

Diese Zurückziehungen und insbesondere die vielen hohen Beträge, die ausländische Gläubiger sich bereitstellen lassen, ohne daß sie bisher verschifft wurden, haben in New Yorker Bankkreisen eine starke Beunruhigung hervorgerufen, da man in dieser Erscheinung ein wachsendes Mißtrauen gegenüber dem Dollar erblickt.

Nach Meldungen aus Philadelphia ist die Stadtverwaltung völlig bankrott. Sie ist gezwungen, eine Anleihe von 75 000 Dollar aufzunehmen, nur um in dieser Woche die angekündigten Gehälter auszahlen zu können. In der nächsten Woche würde wieder eine neue Anleihe notwendig sein.

Nach einer Statistik der Zeitschrift „Business Week“ gibt es in den Vereinigten Staaten gegenwärtig acht Millionen offiziell erlosene (!) Arbeitslose.

### Grandi fährt nach Amerika

Rom, 12. Oktober. Der italienische Außenminister Grandi wird auf Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten voraussichtlich nach einem Monat nach Amerika reisen.

Sofia, 12. Oktober. Ministerpräsident Malinoff überreichte am Montag dem König das Kollektivgesetz des Kabinetts, das vom König angenommen wurde.

### Riesendemonstration in London

#### Über 100 000 Demonstranten im Hyde Park

London, 12. Oktober. London war heute der Schauplatz einer gewaltigen Demonstration. 25 000 Beamte, Lehrer, Postler und Arbeitslose marschierten vom Themseufer zum Hyde Park, wo andere 75 000 bereits eine Massenversammlung begonnen hatten. Die Demonstration war die größte seit dem Generalstreik.

An der Spitze des Zuges marschierten eine große Anzahl von Postkern in Uniform, was den Vorschriften widerspricht; sie trugen Banner und revolutionäre Slogans und sprachen auch von den Rednertribünen der Reichsorganisation der Arbeitslosen. Auch trugen sie Plakate für den „Daily Worker“.

Ein großer Demonstrationszug bewegte sich abends zu dem Gefängnis, in dem die vor kurzem verurteilten Demonstranten saßen.

### Stoßbrigadler auf Reisen

Genua

Nachts landeten wir in Genua. In den Morgenstunden wurde eine Autofahrt zur Besichtigung der Stadt unternommen. Das alte Genua mit seinen altersgrauen Gebäuden, den schmalen, ein- bis zwei Meter breiten Gäßchen und vierstöckigen Häusern, an deren Fensterrändern quer über die Straße hinweg Stricke zum Wäsche-trocknen gespannt sind, erinnert an die Arbeiterkolonien Hamburgs. Auch hier wohnen Hafenarbeiter, kleine Handwerker und überhaupt die arme Bevölkerung. Das neue Genua ist eine europäische Stadt. Breite Straßen, schöne Gebäude und Geschäfte, bewachte Gendarmen mit roten Hosennähten, Dreispigen und Degen, königliche Carabinieri und faschistische Weib mit besetzten Rippenhüten. Hier wohnt die Handelsbourgeoisie.

Nach Besichtigung der Artilleriewerke Ansaldo fuhren wir nach Mailand, wo wir das elektrotechnische Werk der Firma Brown Boveri besichtigten, sowie nach Turin in die Betriebe des Fiat-Konzerns. Hier besichtigten wir das Kugellagerwerk, das unsere Aufträge ausführt, sowie eine Kunstseidenfabrik.

Die Organisation der Produktion und die technische Ausstattung verdienen größte Aufmerksamkeit.

Hier die Fiat-Automobilwerke. Sechsstöckige Gebäude, sämtliche Produktionsprozesse sind mechanisiert, überall Fließband. Wir besichtigten die einzelnen Abteilungen, indem wir von der einen zur anderen in einem riesigen Autobus saßen und in die einzelnen Stockwerke befördert wurden. Der Produktionsprozeß beginnt im Partier und schließt im fünften Stock. Im sechsten Stock, auf dem Dach, finden auf einer vier Kilometer langen Bahn die Probefahrten statt. Die Produktion ist ausgezeichnet organisiert. Überall herrscht ideale Sauberkeit. Ziemlich gut ist die Organisation auch in anderen Fiatbetrieben. So z. B. im Kugellagerwerk, im Flugzeugwerk, in der Eisengießerei, in den Turbinenbauwerken.

Überall wurden wir lebenswürdig empfangen. Behörden und Administration waren uns gegenüber von größter Höflichkeit, aber von den Arbeitern waren wir faktisch kofiert. Trotzdem, ungeduldet aller Hindernisse, legten die Arbeiter uns gegenüber außerordentliche Aufmerksamkeit an den Tag.

Am 1. August wurden in Italien insgesamt 1 778 000 Arbeiter gezählt, davon 637 156 Erwerbslose. Nur ein Viertel dieser Erwerbslosen wird in der Höhe von 25 Prozent ihres Verdienstes unterstützt, aber nicht über 37 Kopeten pro Tag. Die Unterstützung wird nur vier Monate hindurch gezahlt.

Es bestand keine Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiter eingehend kennenzulernen. Trotzdem ist es uns gelungen,

uns mit einigen Arbeitern zu unterhalten (was für sie mit größtem Risiko verbunden war).

Unsere Gruppe — berichten acht unserer Stoharbeiterinnen, die die Kunstseidenfabrik besichtigt haben — ging durch den Betrieb in Begleitung des technischen Direktors, des Betriebsratsvorsitzenden (Nalchi) und eines ganzen Erfolges „Unbekannter“. Von diesem Schrengelose umringt und angeleitet, haben wir die Abteilungen der Fabrik nicht besichtigt, sondern eher nur flüchtig durchgesehen. Keinerlei Berührung mit den Arbeitern.

Wir interessieren uns für die Lohnverhältnisse.  
„Sagen Sie, bei uns wird im Afford gearbeitet und alles hängt von Arbeiter selbst ab. Ist er fleißig, arbeitet er intensiver, so verdient er mehr, arbeitet er wenig, bekommt er auch selbstverständlich weniger“ — antwortet uns der technische Direktor.

„Immerhin, was ist der Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters“, lassen wir nicht locker.  
„Ich weiß nicht, ich bin technischer Direktor und interessiere mich nicht für Lohnfragen“, erwidert er.

Von einer Arbeiterin erfuhr ich, der durchschnittliche Monatslohn qualifizierter Arbeiterinnen schwankt zwischen 200 und 250 Lire, d. h. 20 bis 25 Rubel. Männer der gleichen Qualifikation erhalten 30 bis 40 Prozent mehr.

Kinder im Alter von 12 Jahren arbeiten 8 1/2 Stunden und erhalten 3 bis 4 Lire pro Tag, d. h. 3 bis 10 Rubel monatlich. Berufs- und Schulbildung gibt es nicht. In der Wäschereibehälterfabrik haben wir Arbeiter in Lumpen gekleidet, Holzspantinen an den Füßen.

Die Wohnverhältnisse sind äußerst schlecht. Infolge der teuren Mieten wohnen alle Arbeiter außerhalb der Stadt, 30 bis 40 Kilometer weit. Die „Wohngemeinschaften“ bedienen sich bei der Hin- und Rückfahrt eines Rades, andere, hauptsächlich alleinstehende Arbeiter, übernachten in öffentlichen Anlagen und Kaffeehäusern.

Die Arbeiter sind im höchsten Maße eingeschüchtert. Während der Arbeitszeit darf niemand, sei es auch nur für einen Augenblick, die Maschine verlassen. Wir waren Zeugen, wie eine Arbeiterin, die für einen Augenblick sich von der Maschine entfernte, hatte, um sich die Hände zu waschen, vom herbeigeeilten Aufseher mit einem groben Stoß auf ihren Weg befördert wurde.

Der Schichtwechsel vollzieht sich folgendermaßen: Zwei Minuten vorher stellt sich ein jeder neben seine Maschine auf, ein Klingelzeichen ertönt, die alte Schicht geht, die neue stellt sich an ihren Platz. Alles in tiefem Schweigen, niemand hat das Recht, auch nur ein Wort zu sagen.

Kühnheit der Arbeiter auch nur die geringste Unzufriedenheit, so wird er entlassen und kommt, als politisch unzuverlässig, auf die Schwarze Liste. Dies bedeutet, daß er nicht nur nirgendwo mehr

eingestellt wird, sondern daß sogar der Arbeitsnachweis seine Registrierung verweigert.

Zwei von uns haben sich von unserer Gruppe losgelöst und reden einen Arbeiter an. Er schweigt. Wir geben ihm zu verstehen, daß wir „russische Volkswetten“ sind. Sein Gesicht verändert sich augenblicklich, er lächelt schamlos und freudig, schaut sich um, ob nicht „jemand“ in der Nähe ist, reißt die Hände unter die Maschine und katzt uns seine Beifall zu...

Die faschistische Partei ist eine Partei von Großindustriellen, Kaufleuten, Kulaken und Kleinbürgern. Hier die offiziellen Zahlen über ihre Zusammensetzung am 1. Juni 1931: Großindustrielle und Kaufleute 158 004, Kleinbürger 293 474, Beamte und Schulleute 175 312, verschiedene 90 000, insgesamt 661 790 Personen.

### Stambul

Unsere Ankunft fiel auf einen nationalen Feiertag, den Jahrestag der Befreiung Stambuls von den imperialistischen Truppen. Wir erhielten eine Einladung und wohnten mit unserem Gefolgten, Genossen Gurin, sowie unserem Handelsvertreter, Genossen Chodorowski, der Truppenparade bei.

Nach der Parade besichtigten wir das alte und das neue Stambul. Schmale Gäßchen, Schmutz und Elend in Arbeiterkolonien, Reichtum in den bürgerlichen Stadtteilen.

Die Industrie ist in der Türkei nur schwach entwickelt. In Stambul besuchten wir eine Tuchweberei und eine Lederfabrik sowie die Montagewerksstätten von Ford. Arbeitergehälter gibt es dort keine. Die Tagelöhne sind von 50 Pfaster bis 1 Pira 20 Pfaster (50 Kopelen bis 1 Rubel 20) bei elf bis dreizehnstündiger Arbeitszeit. Kinder arbeiten zehn bis elf Stunden und verdienen pro Tag — 25 Kopelen.

### ★

Wir haben uns überzeugt, daß unser Sowjetland, das Land des sozialistischen Aufbaus, und unsere Arbeiterklasse im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Werktätigen aller Länder stehen. Jeder unserer Erfolge, unser Kampf, wird von Millionen Augenpaaren verfolgt, die sich über jeden unserer Siege, über jeden unserer Fortschritte freuen.

Ein ausländischer Arbeiter sagte uns beim Abschied:  
„Ihr habt viele Begrüßungswörter gesehen, ihr laßt die Freude und Herzlichkeit, mit der man euch überall empfangen hat. Ihr laßt, wie halbwüchsige Kinder in der Türkei beim Wort „Goldbach“ in Entzücken gerieten, von Erwachsenen gar nicht zu reden. So wisst, daß dieses Lächeln, dieser Beifall, die Freude und Herzlichkeit von Millionen ausgehen. Sammelt sie alle, sammelt die ganze Herzlichkeit, die Freude und das Entzücken, mit denen eure Klassenbrüder euch empfangen haben, und übergebt sie dem Proletariat der großen Sowjetunion, den Erbauern des großen Heute und des gewaltigen, strahlenden Morgen. Betreht nicht, daß wir stets mit euch sind!“

Esst immer Schlüter Vollkorn-Brot besonders nahrhaft, billig u. bekömmlich!

In jedes Haus - Schokoladen von Clauß

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Dresdens sowie Chemnitz, Freiberg, Meißen, Dippoldswalde und Oederan

OFFENBACHER LEDERWAREN Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Großtes Spezial-Geschäft Dresdens! Amalienstr. 24 / Altonastr. 13 / Kesselsdorfer Str. 20

TUCHHAUS PÖRSCHEL DRESDEN-ALTSTADT, Scheffelstr. 21 - Ruf 18 726

Herren-Damen-Putzen Stoffe Billardtuche, Schreibtische, Filztuche, Uniformtuche, Wolfrisse

Gute Maßschneider werden nachgewiesen

Es geht um Ihre Gesundheit! Darum kaufen Sie Leinbänder, Bruchbänder, Kniegürtel, Kniekapseln mit oder ohne Gummifüßchen, Gummisattel jeder Art nur im Fachgeschäft für Orthopädie und Bandagen. Dresdner Orthopädie-Werkstätten, GmbH nur Ferdinandspl. 1

Manufaktur- und Modewaren Gebh. Kohl & Co. Freiburger Platz 20/24 Spezialabteilung: Damenhüte

Berufskleidung aller Art A. Altus Große Brüdergasse 48, II

Trinkt Drema-Milch



KREITER SIOUX-INDIANER 15 Zigarre-Ruserwählte Übersee-Tabake

Kohlen, Briketts, Holz / Emil Laudner Riechberg 21117 Büro und Lager I: Göttschestr. 27 Lager II: Albert-Hofstr. Telefon 13012

Seidenstoffe, Bänder Krawatten, Tücher Seidenhaus Carl Schneider, Altmarkt 8

Raucht Basma-Krone die Zigarette des Arbeiters

Qualität gegen leichteste Raten Nähmaschinen Fahrräder Motorräder Radio-Geräte Winkler-Läden Struvenstr. 9 Johann-Ecke Moritzstr. Prager Str. 36 - Winkler-Haus

RADIO-GROHMANN DRESDEN Spezialhaus Reifbahnstr. 3

Seller's Gaststätte, Rosenstr. 22 Verkehrslokal der Arbeiter Otto Seller 50128

Hotel Annenhof Annenstraße 23 - 25 Nähe Hauptpost, Telefon 20880 Preisw. Gaststätte u. Sehenswürdigkeit Auto-Veragen - Kegelbahnen

Hallo! Wo in Dresden übernachten? In "Stadt Meerane" Altbühnen 4, direkt an d. Carolabrücke

Robert Schumann 66 Zellen, Zeit von 80 Df. an Derfechtelhof der irren Schwerküchen - 8. Höhe u. Keller / 2. Hof / 21107 Theater / Alles gut u. billig 50111

Hanomag Generalvertretung L. Kress, Brunaer Str. 31 Rep. - Werkstatt Steinstraße Nr. 5

Farbenhaus Zum bunten Stern Am See 37 Telefon 17357 Billigste Bezugsquelle für Lacke und Farben Fachmännische Beratung

Spalteholz & Bley Dillinger Straße 30

Kaufen Sie Ihre FARBEN UND LACKE in der Brüder-Drogerie G., Brüdergasse 18

Kleberei

Zoologische Handlung Große Auswahl in Fischen, Vögeln und Futter zu niedrigen Preisen Richard Nowak Könnertstr. 15 / Nähe des Volkshauses

Leistungsfäh. Vervielfältigungsapparate v. M. 27. an u. Zubehör f. sämtl. Vervielfältiger: Dauerstrahlmaschinen, Farben, Abzugspapier liefert sehr preiswert Kurt Freytag, Reifbahnstr. 27, Ruf 20110

6%, H. Fleisch- und Wurstwaren 6%, Hans Böhmig, Tharandter Str. 86

W. Eisemann Poppitz 26 Lebensmittelgeschäft

Franz Gilfröm Lacke und Farben Spezial-Geschäft Große Steiningerstraße 23 Fernsprecher Nr. 21230

Moritz Richter Josephinenstraße 5 Herren- u. Damen-Frisiersalon Spezialität: Bubikopfpflege

Hans Zimmermann, Löbtauer Str. 74 Kolonialwaren und Delikatessen

Fein-, Weiß- und Brotdarstellung Opatin Köhne Rosenstraße 92

"Unser Friseur" Willy Stuhr, Rosenstr. 53

Moderne Binderei Verkauf jeder Art von Pflanzen Liesel Rothert, Deubner Straße 10b

Deutsch-Spanische Wein-Import-Gesellschaft Kostproben: Or. Brüdergasse 22

Tauschschlächtere (niedrigste Preise) A. TAUCHNITZ Deibschtr. 16, Hk., Ecke Hohenzollernstr.

Konfektion - Fliegeleimann Kesselsdorfer Str. 12

Farben, Lacke, Pinsel billig u. gut bei FARBEN-SCHWERTNER Edeka 6% Maternistr. 8

Autogaragen - Tankstelle Pollerstraße 16 / Alfred Haeger

Photo-Werkstätte FERO Ringstraße 8, Amalienstr. 14 Entwickeln, Kopieren, Vergrößern, Sämtl. Bedarfsartikel Felix Rosenkranz

Lebensmittel, Obst u. Grünwaren bei Heinrich Knauth Falkenstraße Nr. 1

Zum Sonntag, zum Wochenend, zu jeder Zeit nur Krahmekuchen, -Brote u. -Semmeln immer frisch und billig

Dresden-Cotta Dresden-Friedrichstadt Restaurant "Zur Zippe" Cottler Str. 21 - Verkehrslokal d. Arbeiterschaft 50771 Restaurant u. Café Wendisch Weißeritzstr. 26 empf. selbst Lokalisieren 50778 Textil- u. Wollwaren, Papier- u. Schreibwaren 50877 Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren Fritz Korb u. Frau Margarete Korb, Schäferstr. 14 Zigaretten-Spezial-Geschäft Max Franke, Schäferstr. 49 50779 Spez. Kuchent.

Die KPD im Kampfe

# Gegen die Zerschlagung der Volksschule!

Demagogische Ablenkungsmanöver der Volksfeinde / Hungerrufe der Erwerbslosen / Kommunistische Anträge zum Schutz werttätiger Mieter von Nazis und SPD abgewürgt und KPD-Antrag für Kriegsbeschädigte im Ausschuss verfeilt

Wochen tagen wieder einmal die Dresdner Stadtväter. Die Sitzungen finden nach dem großen Vorbild von Reichstag und Landtag in größeren Pausen als früher statt. Nur die nächste Woche soll darin eine Ausnahme machen um dann einer Ferienpause von drei Wochen Platz zu lassen. Für die Zukunft wird schon von monatlichen Sitzungen gesprochen. An sich ein Vorgang, der uns nicht überreicht, denn nachdem die formelle Demokratie von ihren „Schönern“ beiseite gelegt worden ist, können sie auch auf das blende Weisheit der öffentlichen Reden verzichten. Im Mittelpunkt der gestrigen Sitzung standen die kommunistischen Anträge betreffend Schule und Kriegsbeschädigte. Wie immer, beifolgt die bürgerliche Front, unterstützt von den Sozialfaschisten und Nationalfaschisten, die Herabsetzung der Redezeit. Demagogische Manöver leisteten sich die Nazis und die SPD, die völlig nichtsjagende Anträge in der Richtung der Unterstützung der nationalen Selbsthilfe eingebracht hatten. Erwerbslose, hungernde Proleten, gaben ihnen vor dem Rathaus die Antwort. Starke Patrouillen von Polizei sicherten die „Volksvertreter“ vor der Liebe des Volkes.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden eine Reihe von Punkten ohne besonderen Bericht erledigt. Unter diesen befinden sich der Geschäftsbericht der Stadtbank und der Grundrenten- und Hypothekenanstalt der Stadt Dresden für 1930, sowie die Genehmigung wie auch die Aufhebung einiger Ausschüsse. Die Abstimmung über den Antrag des Genossen Reuhof betr. Freifahrten für Blinde, wird wiederum um einige Tage ausgesetzt. Dabei ist interessant, Herrn Kirchhof, den neugeborenen Dezerenten, des Dresdner Vorkommens zu hören. Er schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären, zur Begründung dieses Standpunktes führt er an, daß er mit den Vertretern der Blinden verhandelt habe und daß diese, nachdem er ihnen planmäßig gemacht habe, daß bestimmte Einschränkungen in der jetzigen Notzeit gemacht werden müßten, ihr Einverständnis erklärt hätten. Herr Kirchhof sollte uns sagen, wer Notzeit hat, die Kapitalisten, die Kammitglieder, die mit mindestens 12.000 Mark im Jahre bestimmt davon nichts spüren oder tragen nicht die Werttätigen die Not allein. Die Antwort wird lange auf sich warten lassen. Aber so wie Herr Kirchhof der gute Sozialdemokrat hier seinen Dienst beginnt, so haben wir ihn uns vorgestellt. Uns kann er also keine Enttäuschung bringen. Die SPD hatte in einem Antrag die bessere Beleuchtung des sogenannten Wiesenweges zwischen Leuben und Laubegast beantragt. Genosse Schneider bespricht die Gelegenheit der SPD den Spiegel vorzuhalten. Gegen die allgemeine Einschränkung der Beleuchtung in den Arbeiterbezirken sagt diese SPD nichts. Dazu schweigt sie, alles nur, um die Sparvor schläge ihres Finanzdezerenten Dr. Richter nicht zu gefährden. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bei einem Antrag, betr. Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten, gestellt von dem Rajidobler Hübel, tritt Dr. Freund, der Spezialist der SPD in Gesundheitsfragen in Aktion und beantragt Zermehrung an den Ausschuss.

Die Kommunisten gegen Zerschlagung der Schule, gegen Entlassung der Junglehrer, gegen Schulgeldhöhung und Wiedereinführung der Bürgerchule.

Dann steht folgender kommunistischer Antrag:  
Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, Abstand zu nehmen von der Durchführung der Landesregierung auf Abbau des Dresdner Schulwesens, Proletarisierung von Junglehrern, Restriktionen der Schulklassen und Verringerung hiesiger Notwendigkeiten sowie der sonstigen Kulturwidrigkeiten der faschistischen Notverordnung.

Der Antrag wird vom Genossen Dr. Helm gestützt auf eine Fülle von Tatsachenmaterial, sehr wirkungsvoll begründet. Er zeigt, was mit den Notverordnungen geplant ist, er kennzeichnet die Rolle der Brüning-Preußingregierung in Preußen, die den Abbau als erste in Deutschland durchgeführt hat. An Hand reichhaltigen Materials zeigt er dann die Wirkungen der Abbaumassnahmen auf Lehrer und Kinder. Während Lehrer an den höheren Schulen nichts abgezogen erhalten wird den Volksschullehrern bis 1500 Mark im Jahre gekürzt. Der wahlfreie Unterricht fällt weg. Der Besuch höherer Schulen wird durch ungeheure Erhöhung des Schulgeldes den Kindern der Beliehenden reserviert.

In den Volksschulen wird für die Schüler des 9. und 10. Schuljahres Schulgeld eingeführt. 5000 Lehrer haben gestern protestiert. Es genügt hier nicht nur ein papierener Protest. Wir Kommunisten sind der Meinung, es gilt alle Kräfte gegen diesen Abbau einzusetzen. Der Kampf muß mit allen Mitteln geführt werden, nur so kann die Zerschlagung der Volksschule verhindert werden.

### Kommunisten für Siedler.

In einem Antrag fordert die KPD  
Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Parzellen 147 bis 149 in den Stadtteilen Leuben und Laubegast dem Schrebergarten-Siedlerverein e. R. Kleinschadowitz zur Anlage einer Kleingartenanlage zur Verfügung zu stellen.

Anschließend begründete der große Schwabronneur und Reichsbannerführer Franke einen Schulantrag auf den sie sich nachdem der kommunistische Antrag eingereicht war, verspätet bekümmern hatten. Kläglich seine Begründung in der er nochmals mit besonderem Eifer betonte, daß er die Zwangslage der Regierung durchaus nicht verkenne und daß es der SPD darauf ankomme, Härten zu vermeiden und die schlimmsten Schäden zu verhüten. Diese Stellung entspricht der des Parteivorstandes der SPD, der die Notverordnung mit dem ungedauerlichen Attentat auf die Volksgesundheit schließt und damit den Weg für die schmerzliche Schulreaktion frei macht und dann zur Veruhigung der Massen und um von seiner Schande abzulenken für Verbesserung im Rahmen dieser Notverordnung, nur ja nicht Aufhebung, kämpft. Als Herr Franke von einem Danischreiben der Lehrer in Preußen an den SPD-Kultusminister Grimme spricht, antworteten die Kommunisten mit schallendem Gelächter. Auf die Rede „wohl für die Entlassung der 1000 Junglehrer allein in Berlin“ hatte Herr Franke nur ein verlegenes Gekrammel. Der Vorsitzende verhinderte eine Abweichung durch Vormerkung dieses Antrages an den Finanzausschuss.

Die Schwarzweihrote Front macht in Fürsorge, aber nur für den Weibchen Fisch!

Nach Erledigung des Antrags ergaben sich die bürgerlichen Stadtväter Publii und Dr. Hartwig in einem breiten Vortrage über die Verhältnisse auf dem Weibchen Fisch. Der Vortrage sei zu hart und die Kuratäre könnten keinen Schlaf finden, so jammern sie beinahe eine Stunde lang und fordern 1.200.000 RM zum Bau einer Umgehungsstraße. Ja, wenn es sich um ihre Leute handelt, davon, daß Zehntausende von Er-

werbslosen vor Hunger nicht schlafen können, haben sie anscheinend noch nichts gehört.

### Die Brüning-Hugenberg-Hitler-Front gegen die werttätigen Mieter

Folgender Antrag der KPD wird weder von den Nazis, noch von der SPD unterstützt:

- a) Die Mietrückstände aller Mieter, deren Unterstützung oder Einkommen nicht mehr als 50 RM wöchentlich beträgt, zu erlassen,
- b) in Zukunft für alle Werttätigen, deren Unterstützung oder Einkommen nicht mehr als 50 RM wöchentlich beträgt, Mietbeihilfen zu gewähren,
- c) die Miete nach dem Einkommen zu kassieren und sie auf nicht mehr als 15 Prozent des Einkommens zu bemessen.

Zwei Anträge für die Wohlfahrtskommission, wovon der erste, in dem gebeten wird, verbilligte Naturalien an die Erwerbslosen durch die Stadt abzugeben, von den Nazis gestellt ist, der sich also in der Linie der großen Betrückerbewegung und dem Gedanken der nationalen Selbsthilfe entspricht, und einer gestellt von der SPD, in dem im Rahmen der bestehenden Bestimmungen individuell auch in Zukunft besondere Unterstützungen möglich

### Dresdner Volkszeitung erklärt:

## „Faschistische Diktatur ist unabänderlich!“

Die Dresdner Volkszeitung nahm am vergangenen Sonntag Stellung zur Kabinettsbildung. Für die Arbeiter ist die Schlussfolgerung, die ein gewisser „Karl“ dort zieht, mehr als lehrreich. In kurzen, knappen Worten wird dort am Schluß nichts mehr und nichts weniger verlangt von den Arbeitern, als daß sie kampflös den Übergang der politischen Macht an Hitler in Deutschland hinnehmen sollen. Es heißt dort:

„Wenn sich jetzt eine Front bilden sollte von Dingeldey bis Hitler, ein rechtes Lager, das die Partei Stresemanns und die des dritten Reiches unter einen Hut zu bringen versucht, so entspricht das den gegenwärtigen Machtverhältnissen, die sich infolge der schweren Zeit zugunsten der Verantwortungslösen verschoben haben. Es wäre für das deutsche Volk ein drastischer Anbauungsunterricht, wenn man diese Herrschaften nunmehr ans Ruder ließe.“

Das Experiment mag hegehtlich sein. Es bedroht das Proletariat mit schweren Gefahren und wird von der so-

### Will Stalin zurück zum Kapitalismus?

Darüber sprechen der aus Rußland zurückgekehrte Arbeiter Karl Friebe und der Stadtverordnete Gabel heute Dienstag 20 Uhr in Watzkes Ballhaus, Dresden-Neustadt, Leipziger Straße. Unkostenbeitrag 10 und 20 Pfennig.

Kampfbund gegen Faschismus. Neustadt-West.

## Ballast über Bord!

In einem Artikel „Das Gehot der Stunde“ nimmt die „Dresdner Neuzeit Nachrichten“ in ihrer Sonntagsnummer zur Umbildung des Kabinetts Stellung. Wörtlich kann man in diesem Erguß des Organs der derzeitigen Republikaner lesen:

„Es ist Herrn Brüning gelungen, einigen Ballast über Bord zu werfen. Daß Dr. Wirth, der eine schwankende Gestalt ist, nach heiligem Sträuben seinen Posten abtreten mußte, wird man nur auf die Fingerte verbuchen können. Auch das Ausscheiden des Herrn von Guericke bedeutet sicherlich keinen Verlust.“

Na ja, sie müssen sich ja einander kennen, diese bürgerlichen Republikaner. Immerhin ist doch interessant festzustellen, gegen wen denn nun Herr Wirth eigentlich eine „schwankende Gestalt“ war. Etwas im Kampfe gegen die Arbeiter aber etwas im Kampfe gegen die Nazis? Das verrät diese Neuzeit und doch so Alte nicht offen.

Der „Dresdner Neuzeit Nachrichten“ war Herr Wirth trotz der vielen Notverordnungen noch nicht fest genug bei der Durchführung des faschistischen Kurzes in Deutschland. Es darf in dieser Richtung keine Hindernisse mehr geben, das ist ihre Meinung. Auch ein Beitrag zur Naturgeschichte der bürgerlichen Republikaner, aus dem die Werttätigen lernen sollten. Das Bürgertum klickt in den Faschismus, die Werttätigen gehen zur kommunistischen Partei!

### Einen Tag in der Woche freihalten

für die Kurie und Arbeitsgemeinschaften der Märgelischen Arbeiterchule Dresden. Vereinzelt, Auskünfte und Werbematerial im Büro der Schule, Poppitz 18 (VAB).

Mittwoch, den 14. Oktober: Imperialismus — Sowjetunion, 6 Abende, Lokal Poppitz 18.

Donnerstag, den 15. Oktober: Esperanto für Anfänger, 12 Abende, Lokal Annenstraße.

sein sollen, werden zum Schluß noch behandelt. Dem ersten wird auf Antrag der SPD im Ausschuss ein Begründnis letzter Klasse bereitet, während der zweite in Schlußberatung angenommen wird. Genosse Reuhof zeigt die Demagogie der Antragsteller und rechnet gründlich mit ihnen ab.

### Für Freifahrten an Kriegsbeschädigte

Vor dem großen Antrag der KPD für ein rotes Arbeitsbeschaffungsprogramm und rote Selbsthilfe in der Gemeinde wird auf Antrag der SPD beschloffen, die Sitzung abzubreaken und nur noch einen Dringlichkeitsantrag der KPD zu behandeln. Genosse Reuhof, der Führer der Kriegsbeschädigten, begründet den folgenden Antrag:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Verfügung, wonach die Kriegsbeschädigten in diesem Jahre keine Freifahrten mehr erhalten sollen, sofort aufzuheben.“

Der Vorsteher verzieht mit Unterstützung der Brüning-Hugenberg-Front auch diesen Antrag im Ausschuss. Nach Schluß der Sitzung konnte man starke Patrouillen von Polizei vor und im Rathaus beobachten. Die Erwerbslosen hatten, wie mitgeteilt wurde, demonstriert und ihre Hungerrufe hatten manchem Stadtvaterlein unangenehm in den Ohren geklungen. Grund genug, „die Demokratie“ ihres Amtes walten zu lassen.

### Raubüberfall bei Kadix

In der Nacht zum Montag gegen 23.30 Uhr wurde in der Nähe der Kadixer Ueberfähre der 19jährige Landwirtschaftsgehilfe eines Kadixer Gutes bewußlos aufgefunden. Er gab an, daß er einige Zeit vorher von zwei Unbekannten überfallen, niedergelassen und seiner Geldtasche mit etwa 14 Mark Inhalt beraubt worden sei. Die Erörterungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

sozialistischen Arbeiterkult größere Opfer fordern als die der sozialstengerechten Zeit waren. Aber es scheint uns nach allen Zeichen der Zeit, daß diese Entwicklung ansehnlich der Anreife breiter deutscher Wählerkreise nicht mehr auszuhalten ist, und dieser Weg gegangen werden muß.“

Das ist das wahre Gesicht der SPD-Führung und ihre offene Bankrotterklärung. In Dutzenden von öffentlichen Versammlungen hat diese feige Bande den Kommunisten unterstellt, daß sie ein Hitlerkabinett herbeizuholen. Hier sieht jeder Arbeiter, wer für die Auslieferung der politischen Macht an Hitler ist. Sie wissen, daß dieses Experiment größere Opfer fordert, als selbst die Zeit des Sozialimperialismus. Obwohl sie das wissen, fordern sie den Arbeiter auf, stille zu sein und sich in kein Schicksal zu ergeben. Um einen Mantel für diese ihre erbärmlich feige Handlung zu finden, beschimpfen sie die Arbeiter als unreif, und schieben ihnen für diese Entwicklung die Schuld in die Schuhe.

Kein Werttätiger wird sich dadurch betren lassen. Nun erst recht heißt es: Alle Kräfte zusammenschließen und die rote Klassenfront härten! Die SPD-Arbeiter müssen sich entscheiden, entweder mit ihren Führern zu Hitler oder mit ihren kommunistischen Klassenossen gegen Hitler und die faschistische Diktatur. Wir zweifeln nicht daran, wie die Entscheidung ausfallen wird.

Freitag, den 16. Oktober: Religion — Kirche — Klasse — Staat, 4 Abende, Lokal Poppitz 18; Stenografie für Anfänger, 26 Abende, Lokal Annenstraße.

### Unterbringung bei den Sächsischen Beteiligungsvertrauen

Dresden. In dem Prozeß gegen drei Angestellte der Firma Sächsische Beteiligungsvertrauen wegen Unterbringung und gegen fünf Polizeibeamte wegen Bestechung, der am Freitag vor dem 2. Gemeinsamen Schöffengericht in Dresden stattfand, wurden sämtliche Angeklagten kostenlos freigelassen.

### Rückkehr Dresdner Kinder

Die zur Zeit in Bad Ischl zur Erholung befindlichen Dresdner Kinder kehren am 15. Oktober wieder zurück und treffen am gleichen Tage 23.30 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein.

Die Angehörigen werden gebeten, für pünktliche Abholung besorgt zu sein.

Die „Sächsische Edelkammer“ im Residenztheater. Donnerstag, den 15. Oktober, beginnt ein Gastspiel der „Sächsischen Edelkammer“, Direktion Maximus René. Aufgeführt wird „Der gelbende Raubritter“, großes Ritter-, Schau-, Lust- und Possenspiel mit Musik, Torchlag, Gesang und Tanz, von Friedr. Gerstäcker, in neuer Bearbeitung von Maximus René, Musik vom Ritter v. Kalemel. Die Eröffnungsvorstellung geht zugunsten erwerbsloser Dresdner Bühnentänzer in Szene.

### Gelbe Raucherzähne

Nach langem Schwimmen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimonatlichem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. R. Horst Berg. — Man verlangt nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und wolle jeden Erfolg dafür zurück.

# Ostachsen

## Nach der Organisationskontrolle

1. Alle Leitungen müssen dafür sorgen, daß die Mitglieder reiflos erfasst werden. Genossen, die zum Kontrolltag nicht erschienen sind, sollen in den Wohnungen aufgesucht werden. Jedes Parteimitglied, welches noch keine Kontrollkarte im Mitgliedsbuch hat, muß sich sofort bei der zuständigen Zellenleitung melden.
2. Alle Straßenzellenleitungen müssen sofort die betriebsmäßigen Genossen besonders bei ihrer nächsthöheren Leitung melden, damit die Genossen in ihren Betriebszellen erfasst werden können bzw. in solchen Betrieben, wo Genossen sind, Zellen gebildet werden können.
3. Das Bezirkskomitee der NSD hat für den 15. 10. einen Betriebsgruppenstag angeordnet. Alle Zellen- und Ortsgruppenleitungen der Partei müssen dafür Sorge tragen, daß dieser Tag auf breiter Grundlage vorbereitet wird.
4. Jede Leitung muß unbedingt termingemäß den Bericht über den Kontrolltag an die nächsthöhere Leitung absenden, damit die Bezirksleitung die erhaltenen Materialien noch für den Bericht an den Parteitag verarbeiten kann.
5. An Hand der Unterlagematerialien sind sofort die Gewerkschaftsfaktionen auf- und auszubauen. Alle Genossen, die den Beschluß der Bezirksleitung, wonach jedes Mitglied Mitglied einer Gewerkschaft oder der NSD sein muß, noch nicht durchgeführt haben, sind besonders zusammenzuholen und ist mit ihnen die Notwendigkeit dieser Arbeit besonders zu diskutieren. Überall ist eine verstärkte Werbung für die NSD durchzuführen mit dem Ziel, in jedem Betrieb eine Betriebsgruppe der NSD, in jedem Ort ein Ortskomitee der NSD zu schaffen. Bis zum 1. 11. 32 muß die NSD in allen Orten des Bezirks dreimal so stark sein als die Partei.
6. Bei der jetzt durchzuführenden Werbefeldkampagne ist darauf Wert zu legen, daß die soziale Struktur der Partei geändert wird. In den Betrieben, wo bereits einige Genossen sind, muß die Werbearbeit besonders durchgeführt werden. Auch die Werbearbeit in den Massenorganisationen muß zum Ziel haben, den besten Teil der dort vorhandenen Arbeiter, in erster Linie Betriebsarbeiter und Frauen, in die Partei zu überführen.
7. Aufmerksamkeit machen wir auf die erforderliche verstärkte Werbung für Partei und Presse. Diese Werbung muß in erster Linie in den Massenorganisationen durchgeführt werden. Die Massenwerbung für das Sächsische Volkstheater muß von allen Zellen und Ortsgruppen systematisch unter Ausnutzung eines guten Literaturvertriebes durchgeführt werden.
8. Nach Überprüfung des Kassierbestandes in den Zellen und Ortsgruppen müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die gesamte Kassierung eine bessere Basis erhält. Im Kassierwesen muß das Bezugsgruppen-System eingeführt werden. Ein Unterkassierer darf nicht mehr als 5 Genossen kassieren, sonst kann er nicht pünktlich sein und kann vor allem die Genossen nicht politisch bearbeiten.
9. Wo die Delegierten zum Parteitag noch nicht gewählt wurden, ist dieses schnellstens nachzuholen. Vor allem ist die Finanzierung der Delegation sicherzustellen. Vergeßt nicht in den Betrieben und Massenorganisationen Gelddelegationen unter besonderer Berücksichtigung von SPD-Arbeitern zusammenzustellen.
10. Die ganze Organisationskontrolle hat nur dann einen Wert, wenn sie systematisch in den Ortsgruppen weiter gearbeitet wird. Jeder Parteigenosse muß im Rahmen seiner Fähigkeiten eine Arbeit in der revolutionären Arbeiterbewegung leisten. An den Leitungen liegt es, inwieweit sie dem letzten Parteigenossen eine Arbeit zuweisen. Alle Zellen, die noch mehr als 50-20 Mitglieder haben, sind jetzt unter allen Umständen aufzuteilen, damit mehrere Genossen in Funktionen kommen.

Bezirksleitung Sachsen, Drg.

## Ausschluß aus der Partei

Karl Müller, Leipzig, wurde wegen organisationschädlichem Verhalten aus der Partei ausgeschlossen.

Max Tielmann, Neustädteln, wurde auf Antrag der Ortsgruppe und Unterbezirksleitung mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen.

Heidenau, Unglücksfall. Unter dieser Überschrift berichteten wir am Sonnabend über einen Verkehrsunfall in Heidenau. Wie uns dazu von der Frau des verunglückten Monteurs mitgeteilt wird, hat sich der Vorgang anders als von uns angegeben abgespielt. Der Monteur ist nicht von einem entgegenkommenden Auto, sondern von einem den Ziegelwagen überholenden Auto, das von einer Frau gesteuert, angefahren und zu Boden geschleudert worden. Der Führer des Kraftwagens hat sich nicht sofort um sein Opfer gekümmert, sondern versuchte weiterzufahren. Dem Eingreifen der Straßenpassanten ist es zu danken, daß der Abtransport erfolgte.

## Terrorurteil gegen Freitaler rote Sportler

Am zweiten Pfingstfeiertag fuhr der oppositionelle Sportsverein Jauderode mit einem Lastauto nach Brand-Erbisdorf zur Austragung eines Spieles. An der Seitenwand des Autos drachten die Sportler ein Transparent an mit der Aufschrift: „Arbeiterportier sind Soldaten der Revolution!“ Auf der Hin- und Rückfahrt nahm niemand Anstoß an dieser Aufschrift. Im Stadteil Pörschappel hielt nun das Auto an, um einen Sportler abgeben zu lassen. Da kam der Hauptwachmeister Göpfert dazu. Dieser gab nun auf dem Gericht an, daß sich Andersdenkende über diese Aufschrift empört hätten. Wer, hat er allerdings nicht verraten. Die teilnehmenden Sportler haben jedenfalls nichts davon bemerkt. Er behauptet, auf dem Platz habe „rote Arbeiterportier“ gestanden. Jeder Einwohner Freital's kann sich am Tage der Regierenden russischen Revolution, am kommenden 7. November, da die Freitaler Klassengenossen zu einer Sympathiedemonstration aufmarschieren werden, davon überzeugen, daß auf dem Transparent diese Aufschrift nicht steht. In der Verhandlung, welche auf Grund der Anzeige des Göpfert vor dem Schöffengericht in Dresden stattfand, erhielt Genosse Arno Walter 3 Monate Gefängnis. Er soll gegen die Notverordnung verstoßen haben, weil die Fahrt polizeilich nicht angemeldet gewesen sein soll. Die Notverordnung sagt aber ausdrücklich, daß Fahrten von Kulturorganisationen nicht anmeldspflichtig sind. So kämpft die Klassenjustiz gegen die roten Sportler. Werktätige, nun erst recht hinein in die rote Klassenfront!

## Wenn SPD-Bonzen über Not referieren

Nadeberg. Am 9. 10. referierte der SPD-Stadtvorordnete Franke, Dresden, in Nadeberg, Schützenhaus, in einer öffentlichen SPD-Verammlung. Sein Referat war eine einzige Banalitätskaskade. Selbst seinen eigenen Anhängern wurde dabei unwohl. Wie immer, ist ihm das Wesentlichste die Aufmerksamkeit. Der Erfolg war mehr als kläglich. Ein Beweis dafür, daß dieses Geschwätz selbst bei den eigenen Leuten nicht mehr verfangt. — Die kommunistische Partei wird am kommenden Donnerstag dem 15. Oktober, 20 Uhr, im Saale des Deutschen

## Straßenterror der Nazis in Meißen

Nazis halten Straßenpassanten an / Jagd auf einzelne Arbeiter

Meißen, die Stadt mit absoluter Mehrheit der SPD im Rathaus, war am Freitag vergangener Woche der Schauplatz wüster Exzesse und des Terrors der Nazis gegen einzelne Arbeiter. Wie aus Mitteilungen aus Meißen ersichtlich ist, wurden von diesen regelrechte Uebungen, die in der Beobachtung von Arbeiterumzügen und einer öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei, sowie in Ueberfällen auf einzelne von der Versammlung heimkehrende Arbeiter bestanden, veranstaltet. Die Polizei, die fast täglich Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vornimmt, hat davon abschließend nichts gemerkt. Dazu wird uns folgendes mitgeteilt:

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Freitag dem 9. 10. sollte in Meißen ein großer Schlag gegen die Kommunisten gefeiert werden. Schon in den frühen Abendstunden konnte man feststellen, daß größere SA-Sturmab-

dringen, schien den Naziterroristen aber doch der Schnelzug fehlte. Später, kurz vor dem Ende der Einheitsfrontversammlung, fuhr ein Lastwagen, besetzt mit SA-Banblen in zahlreicher Zahl, durch die innere Stadt. Als die Versammlungsteilnehmer den Saal verließen, konnte man keinerlei Nazis sehen. Sie hatten eine andere Taktik ausgearbeitet. So wurden in Meißen als Kampfbundangehörige kenntlich waren, durch SA-Mitglieder Dresdener Straße hatte man alles besetzt. Die Polizei kam nur zu spät, ob sie Kommunisten seien. Rufe hielten sie.

„Schlagt die roten Hunde tot!“

Es wurde auch festgestellt, daß die Nazis im Besitze von Waffen waren.

Das alles konnte sich abspielen, ohne daß die Meißener Polizei etwas davon gemerkt hat. Sollte diese etwa zu spät sein? Sind die Arbeiter freier für die braunen Horden? Die Denkwürdigen aber müssen diese Vorgänge ein Warnsignal sein. Sie zeigen, was sie von dem „dritten Reich“ zu erwarten haben! Es gilt, demgegenüber alle Kräfte mobil zu machen zur Stärkung der roten Klassenfront, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur!

## Wieder Hausdurchsuchungen in Meißen!

Am Sonnabend dem 10. 10. wurde bei einem Meißener Arbeiter wieder eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Man suchte nach verbotener Literatur, Zerkleugerungschriften usw. Trotzdem man den ganzen Wohnraum und den Keller durchsuchte, konnte von den angegebenen Sachen nichts gefunden werden und so mußten die Beamten leer, wie sie gekommen waren, wieder abziehen.

So wird der Feldzug der Justiz und der Polizei gegen die kommunistische Partei fortgesetzt. Die Arbeiter müssen antworten durch Verstärkung der roten Front, durch Beitritt zur KPD!

## Nach 35 Jahren SPD zur KPD

Antwort Freitaler Arbeiter an SPD und Reichsbanner / 19 Eintritte in die KPD, darunter zwei Betriebsräte, außerdem eine Genossin, die seit 1896 in der SPD organisiert war, 3 Eintritte in den KJVD

Zu einer wichtigen Protestversammlung gegen den Reichsbannerüberfall gestaltete sich die kommunistische Versammlung vom Freitag vergangener Woche. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich zur Abrechnung mit den feigen Nazimethoden der SPD- und Reichsbannerführung eingefunden. Ist von fürstlichem Beifall unterbrochen stellte Genosse Siegel die Blutschuld der Freitaler Reichsbannerführer fest. In der Diskussion sprach ein Arbeiter und geteilte scharf die faschistischen Methoden des Reichsbanners. Zahlreiche SPD-Arbeiter antworteten ihrer Führung in dieser Versammlung durch den Uebertritt zur kommunistischen Partei.

19 Arbeiter, darunter zwei Betriebsräte und eine Arbeiterin, die bereits seit 35 Jahren Mitglied der SPD war, traten in die KPD ein. Drei Jugendliche erklärten ihren Eintritt in den KJVD.

Diese Uebertritte bzw. Eintritte sind um so bemerkenswerter, als am Tage nach dem blutigen Ueberfall des Reichsbanners bereits ein Schwerkrankenbeschädigter, der seit 25 Jahren Mitglied der SPD war, zur KPD übergetreten ist. In ähnlicher Entrüstung brachte ein Reichsbannermitglied ab der traurigen Rolle seiner Führer empört, sein zertrümmertes Mitgliedsbuch zu uns und erklärte seinen Eintritt in die KPD. So antwortete die Arbeiter auf die verlogene Hecke gegen die KPD, die von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis täglich durchgeführt wird. Die Versammlung übermittelte ferner dem Weltkongreß der IAB ein Begrüßungsschreiben und nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die Methoden der SPD wendet und in der die Versammelten sich verpflichten, zu kämpfen für die Verstärkung der roten Einheitsfront, für die Stärkung der KPD für den Kampf gegen die faschistische Hungerdiktatur, für ein freies sozialistisches Deutschland.

## Der Marsch zur Kommunistischen Partei

Lehmann-Lamari-Versammlung in Freiberg

(Arbeiterkorrespondenz 1786)

Freiberg. Im überfüllten Saal des Schwarzen Roß sprach Genosse Lehmann-Lamari vor 900 Zuhörern. Seine klaren Ausführungen über die heutige faschistische Herrschaft, die die Bourgeoisie immer noch ausüben könne, wurden oftmals durch stürmischen Beifallstundgebungen unterbrochen. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten alle Teilnehmer dem Redner, der infolge der vielen Versammlungsreden, die er auf Verlangen der Arbeiter in diesen Städten halten mußte, in seiner Stimme ge-

schwächt war und der auf die ihm unterbreitete Bitte seine ganze Kraft einsetzte, um sich auch dem letzten Anwesenden verständlich zu machen.

In seinen klaren Aufzeichnungen des Bräutigars, der zur Rettung der Kapitalistenklasse den Weg der Notverordnung gehe, geteilte er die Führer der Sozialdemokratie als die wichtigsten Verräter der Arbeiterklasse, die sich vollständig in der Lager der Bourgeoisie hinüber orientiert haben. An vielen Beispielen zeigte er, daß sich die SPD-Führer absolut nicht mehr von den bürgerlichen Politikern unterscheiden.

Als Genosse Lehmann-Lamari seine an die Chemnitzer SPD-Führung gerichtete Austrittserklärung verlesen hatte, wurde er durch stürmischen Beifall in seiner Rede aufgehalten. Nur zur kommunistischen Partei, zur Partei Lenins müsse der Klassenbewußte Arbeiter seinen Weg einschlagen.

Die gegenwärtige Situation verlange von jedem Arbeiter eine klare Entscheidung. Nur unter Führung der KPD könne die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet, könne die Wirtschaft des kapitalistischen Systems durch den sozialistischen Aufbau abgebrochen werden.

Die SPD-Führung, die durch die Parteileitung eingeladen war, hatte es mit Kneifenskliffen gehalten, sie war der Versammlung ferngeblieben. In der Volkszeitung forderten die SPD-Arbeiter auf, ebenfalls der Versammlung fernzubleiben. Aber die SPD-Arbeiter hatten darüber eine andere Meinung, sie waren in großer Zahl anwesend. Obwohl kein Gegenstand zur Diskussion meldete, waren aber in der Pause und am Schluß der Versammlung viele SPD-Arbeiter mit dem Redner vollständig einverstanden. Nur kurz war das Schlußwort des Redners, da zu längeren Ausführungen die Stimme nicht mehr ausreichte. Der soeben Beifall zeigte aber, daß Genosse Lehmann-Lamari alle Anwesenden für sich und mit ihrer Sympathie für die KPD gewonnen hatte. Elf Neuaufnahmen, darunter ein SPD-Genosse und ein Reichsbannerkämpfer.

Zwei von der Roten Hilfe eingebrachte Resolutionen für die proletarischen politischen Gefangenen in Polen und in Deutschland wurden einstimmig angenommen.

## 10 Jahre 1933 im „Kaffergarten“ verbrochen

Die für heute nach dem Kaffergarten in Meißen angekündigte Weimert-Veranstaltung findet wegen Behinderung des Dichters am Donnerstag dem 15. 10. 32 Uhr in demselben Lokal statt.

## Ber macht es nach?

Anlässlich des 10jährigen Bestehens der IAB und anlässlich des Erscheinens der Jubiläumsnummer wurde in Weimert-Adern ein Sonderverkauf dieser Nummer durchgeführt. Der IAB-Korrespondent Genosse Richter verkaufte mit dem Genossen Kommissar von dieser Nummer 212 Stück. Es wurde daraufhin noch mehr angefordert.

# Werttätige Frauen für Kampfwinter

147 sozialdemokratische und parteilose Frauen erklären unter stürmischem Beifall ihren Eintritt in die Kommunistische Partei!

Überfüllt ist der große Saal des Hof-Helms in Leipzig, wo am 10. und 11. Oktober der „Mitteldeutsche Kongreß werttätiger Frauen“ tagt. Von den Wänden und von der Tribüne herab grüßen revolutionäre Reden, die 730 Delegierten und fast ebensoviel Gäste, die aus Sachsen, Halle-Merseburg, Thüringen und Hessen-Waldeck nach Leipzig gekommen sind, um gemeinsam die Reden und Räte der Proletarierinnen zum Ausdruck zu bringen und den Kampf für den kommenden Winter vorzubereiten. Weltweit leuchten die Worte Lenins: „Ohne Frauen keine proletarische Revolution!“

Die Vertreter der revolutionären Massenorganisationen darunter einige aus der Schweiz und den Vereinigten Staaten betonen in ihren Begrüßungsansprachen die Verbundenheit mit den proletarischen Frauen. Genosse Selbmann, der Führer der sächsischen Kommunisten, und die Genossin Rosa Overlach, Berlin, setzen in ihren Referaten die ins ungeheuerliche getriebene Not besonders der werttätigen Frauen, den sich täglich verschärfenden Terror der Faschisten, aber auch den wachsenden Kampfwillen aller Schichten der Ausgebeuteten und gleichzeitig ein machtvolles Bekenntnis zur Formierung der Einheitsfront gegen Hunger und Not, für Freiheit und Brot, auf. Betriebsarbeiterinnen und proletarische Hausfrauen, Angestellte und Erwerbslose, Beamtinnen und Lehrerinnen, Landarbeiterinnen und Vertreterinnen des werttätigen Mittelstandes schreiben ihre Not heraus und legen ein Bekenntnis ab zum einheitlichen Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Der Kampfkongreß werttätiger Frauen war eine machtvolle Demonstration des wachsenden Widerstandes gegen das Räuberprogramm der „nationalen Selbsthilfe“ der Bourgeoisie.

117 Delegierte erklärten auf diesem Kongreß ihren Eintritt in die Kommunistische Partei. Die Gruppe sozialdemokratischer Frauen richtete einen Appell an alle sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter, sich unter Führung der Kommunistischen Partei in die rote Klassenfront einzureihen, die allein den Ausweg aus Hunger, Not und Elend zeigt, die allein an der Spitze der Massen für Freiheit und Brot, für den Sozialismus kämpft.

Die ehemalige Frau des Gründers der Sumpfpartei Seidewitz erklärte, daß jede Zerstückelung ein Verbrechen an der Arbeiterklasse sei und es gelte, sich einzureihen in die Kommunistische Partei, die als einzige die proletarische Einheitsfront errichtet und mutig gegen Kapitalismus und faschistische Diktatur kämpft, das sei der Grund, weshalb sie zur KPD kam.

Mit gespanntem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen der Genossin Overlach, die dem kapitalistischen Bankrott den stürmischen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, dem Lande der befreiten Arbeiter und Bauern gegenüberstellte.

Den Mittelpunkt des Kongresses bildete die Frage der Organisierung von Streik- und Massenkämpfen gegen Lohnraub. Die werttätigen Frauen werden an diesen Kämpfen gemeinsam mit den Männern teilnehmen, gemeinsam mit ihnen in Betrieben, Stempelstellen und auf dem Lande an die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie an die Kampf Frauen und Bäuerinnen heranzutreten, sie aufklären und sie einreihen in die einheitliche Kampffront. Keine Einheit ist das

Gebot der Stunde. Gegen „nationale Selbsthilfe“ „rote Selbsthilfe“, nicht Hunger, sondern Kampfwinter.

Dieser Kongreß, mit packenden Szenen dargestellt von Frauen des Arbeitertheaterbundes, hat mancher Delegierten gesagt: Die Lohnfrage des Mannes ist die Existenzfrage der Familie. Entscheidend ist die Schaffung der Einheit aller Werttätigen zum Kampf gegen den Kapitalismus, für ein freies sozialistisches Deutschland. Die volle Befreiung der Frau ist nur möglich durch die Befreiung des Proletariats.

Genossin Overlach stellte fest, daß es nun darauf ankommt, noch mehr Frauenbelegte, noch mehr Kämpferinnen für den proletarischen Befreiungskampf zu gewinnen. Zum Schluß gelobten alle Delegierten in allen Orten ausführlichen Bericht über den Kongreß, über die gestellten Aufgaben und über die Be-

schlüsse zu erstatten. Nachvoll erklang die „Internationale“ zum Abschluß dieses Kongresses, der einen neuen Markstein im Kampf der proletarischen Frau bildet.

Von den 60 Delegierten, die sich in der Diskussion gemeldet hatten, konnte nur ein Teil zu Worte kommen. Ungeheure Beifallsstürme brachen aus, als die SPD-Arbeiterinnen mutig ein Bekenntnis zur roten Einheitsfront und für die KPD ablegten. Die Frau des Leuna-Arbeiters, die Textilarbeiterin, die parteilose Hausfrau, die Metallarbeiterin, die 75-jährige Rentenermpfängerin, die Angestellte, die 15jährige Pflichtarbeiterin, die Lehrerin, sie alle erzählten von der wachsenden Not, von der Unterdrückung und Ausbeutung der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes. Sie geben aber auch ihren Willen kund, nicht zu ruhen und zu rasten, um mitzuhelfen am Sturz des kapitalistischen Systems!

## Paderinnen-Entlassungen im Reemtsma-Konzern

Die Dresdner Volkszeitung wird Lügen gestraft

Aus Arbeiterkreisen des Werkes Zasmahl wird uns mitgeteilt, daß dieses Werk morgen wiederum 90 Paderinnen auf die Straße wirft, und binnen kurzer Zeit weitere 30-40 Paderinnen ihren Arbeitsschweifern folgen werden. Diese weitere Verelendung und verschärfte Offensive gegen die Arbeiter ist ohne jeden Zweifel mit Unterstützung des reformistischen Betriebsrates und der Gewerkschaftsbürokratie erfolgt. Noch im August brachte die Dresdner Volkszeitung einen Artikel, der aus der Feder eines Gewerkschaftsabonnenten des deutschen Tabakarbeiterverbandes stammt und sich speziell mit der Frage der neuen Pasmaschinen und der Handpaderinnen beschäftigt, wobei der Artikelschreiber zu dem Schluß kam, die Paderinnen Dresdens sollten Ruhe bewahren, es würden sich trotz der Maschinen noch Tausende fleißige Paderinnenhände das Brot verdienen, und Entlassungen größeren Umfanges sollen nicht stattfinden. Die kleinen „Aneken-Künstler“ in Dresden sind schamlos genug, den Arbeiterinnen einen derartigen Artikel vorzulegen, obwohl sie genau wußten, daß zur selben Zeit in der Dresdner Zigaretten-Maschinenfabrik „Universelle“ bereits schon 60 Pasmaschinen in Arbeit gegeben waren und man in derselben Fabrik den neuesten Versuch mit Handpaderapparaten ausprobierte. Man ging im trauten Verein mit den Unternehmern sogar so weit, die neu ausgestellten Pasmaschinen in Schichten

fahren zu lassen, während man die Handpaderinnen kurzarbeiten ließ. Unterließ man den Kampf gegen diese Profit- und Verelendungsmethoden nur deshalb, um den Artikel in der Dresdner Volkszeitung nicht Lügen zu strafen? Nein, ihr Bonzen! Wir Mitglieder der KPD und AGD wissen, daß ihr die treuesten Vasallen dieses Systems seid. Ihr kämpft nicht um die Interessen der Arbeiterklasse, sondern ihr kämpft um die Erhaltung dieses verfaulenden Systems, seid ihr am Krankenbett des Kapitalismus!

Auf die neuesten Anweisungen der Herren Reemtsma werden noch andere Sparmaßnahmen durchgeführt, wie aus einem Schriftstück zur Konferenz in der Penzance hervorgeht. Was denkt ihr Bonzen und reformistischen Betriebsratsmitglieder gegen einen neuen Lohnraub zu tun?

Arbeiterinnen und Arbeiter der Dresdner Zigarettenindustrie, im besonderen des Werkes Zasmahl, wenn ihr nicht geschlossen mit der AGD kämpft um eure Existenz, um Arbeit und Brot, dann werden diese verräterischen und graujamen Methoden der Arbeitgeber und Gewerkschaftsbürokratie euch zurückwerfen in die Zeiten des grauen Mittelalters. Sklaven will man aus euch machen, aber keine freien Arbeitmenschen.

Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes Zasmahl! Erinnert ihr euch noch der Kämpfe, als revolutionäre Arbeitervertreter euch führten? Seid ihr nicht mit Schuldbig an eurer traurigen Lage? Wenn damals eure Lage etwas besser war und ihr noch nicht so recht an den Erfolg einer geschlossenen Kampffront unter Führung der AGD geglaubt habt, heute werden euch unsere Worte klar werden und ihr werdet den Weg zu uns finden. Je früher, fester und entschlossener die Kampffront der KPD und AGD, desto sicherer Arbeit und Brot.

Nicht Entlassungen, sondern Einreihung der Gewerkschaften in den Produktionsprozeß, das ist unser Kampf. Nicht Herrn Phillip Reemtsma Willen bauen lassen aus Arbeiterprofiteuren, und auf der anderen Seite Elend verbreiten! Wir sprechen zu euch das Wort Wilhelm Liebknechts: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht! Alle Köder stehen still, wenn dein harter Arm es will.“ Darum Arbeiter und Arbeiterinnen! Her zu uns! Her zur AGD und KPD!

## Erwerbslose!

Wählt überall Delegierte zum Landes-Erwerbslosenkongreß am 18. Okt. in Dresden  
Tagungsort wird bekanntgegeben!

## Bleite einer „Nazi“-Eisenbahnerversammlung

AGD-Eisenbahner geben ihnen die richtige Antwort

Für den 2. Oktober hatten die Nazis alle Eisenbahner zu einer öffentlichen Versammlung nach „Stadt Petersburg“ eingeladen. Der Gauleiter der Nazi-Betriebszelle Hauptbahnhof sprach über „Verrat der Gewerkschaften und wir“.

Mit der fasslich bekannten Nazi-Phrase, daß der Sozialismus an allem Elend schuld sei, begann der Referent. Alle Handlungen der Ebert, Scheidemann und Noske stellte er als marxistische hin. Nach einer Stunde aber war seine Rede abgelaufen und er konnte nur noch den anwesenden Eisenbahner ein Paradies im 3. Reich versprechen.

In der Diskussion sprachen 5 AGD-Eisenbahner, die sich für das Gewälde dieses Referenten widerlegten, und oft von Beifall unterbrochen wurden. Auch ein Mitglied des Betriebsrates der Reichsbahn (Sozialdemokrat) sprach, ging aber nur oberflächlich auf den Referenten ein.

Die Diskussion hatte den Nazi-Referenten derartig verwirrt, daß er nur noch stammeln konnte. Als er aber versuchte, neue Lügen aufzutischen, war es mit der Ruhe der Versamm-

lungsteilnehmer vorbei. Unter Gesang der Internationale verließen die AGD-Genossen, gefolgt von den Sozialdemokraten, unter denen sich die Funktionäre Lude und Heidemann des Einheitsverbandes befanden, den Saal. Nur ein Väterduhnd blieb zurück. Auch hier war den Nazis der Einbruch in die „marxistische“ Front nicht gelungen.

## Neuer Lohnabbau bei den sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeitern

Das Ministerium des Innern des Freistaates Sachsen erließ unter dem 8. Oktober eine Verordnung, in der 1. bestimmt wird, daß die zweite Hälfte der Septemberbezüge der staatlichen Angestellten am 12. Oktober zu zahlen ist. Außerdem wird ein neuer Lohnabbau für die Staats- und Gemeindearbeiter diktiert. Ein Lohnraub von 4 bis 7 Prozent soll in den einzelnen Lohnklassen durchgeführt werden.



Hier spricht ein Fachmann:

Dem Kenner eine Überraschung, dem Raucher eine Freude: Ramses kostet jetzt nur 3 1/2 Pfg. Das ist für wenig Geld eine hohe Leistung. Darum ist auch Ramses die Cigarette des Tages!

# RAMSES

6 STÜCK 20 ₰ nur in geschlossenen Packungen!



# Rund um den Erdball

Lübecker Kindermordprozeß hat begonnen

## Gerichtsverhandlung oder Kongreß?

Helle Empörung bei den leidtragenden Eltern — Auch hier Kampf um die Notverordnung

Lübeck, 12. Oktober. Am Montag vormittag begann in der großen Turnhalle der Prozeß gegen die Lübecker Kindermörder Dr. Alstaedt, Dehle und Kloß. Als Hauptangeklagter gilt Professor Dehle, durch dessen Schuld hauptsächlich 75 Säuglinge proletarischer Herkunft ihr Leben lassen mußten. Unter den zwanzig Sachverständigen, die geladen sind, befindet sich auch Stadtarzt Dr. Schminde aus Berlin-Neudöhlen, den der Staatsanwalt allerdings durch einen „Hausfriedensbruchprozeß“ auszuschalten versucht. Schminde, der als rücksichtsloser Verfechter des Proletariats auf dem Gebiete des Ge-

sundheitswesens bekannt ist, hat, wie erinnerlich, auf eigene Faust im Lübecker Nordkrankenhaus Erhebungen angestellt. Also ein recht unbequemer Sachverständiger!

### Notverordnungsdebatten

Als Nebenkläger sind bezeichnenderweise nur die Eltern der verletzten Kinder zugelassen.

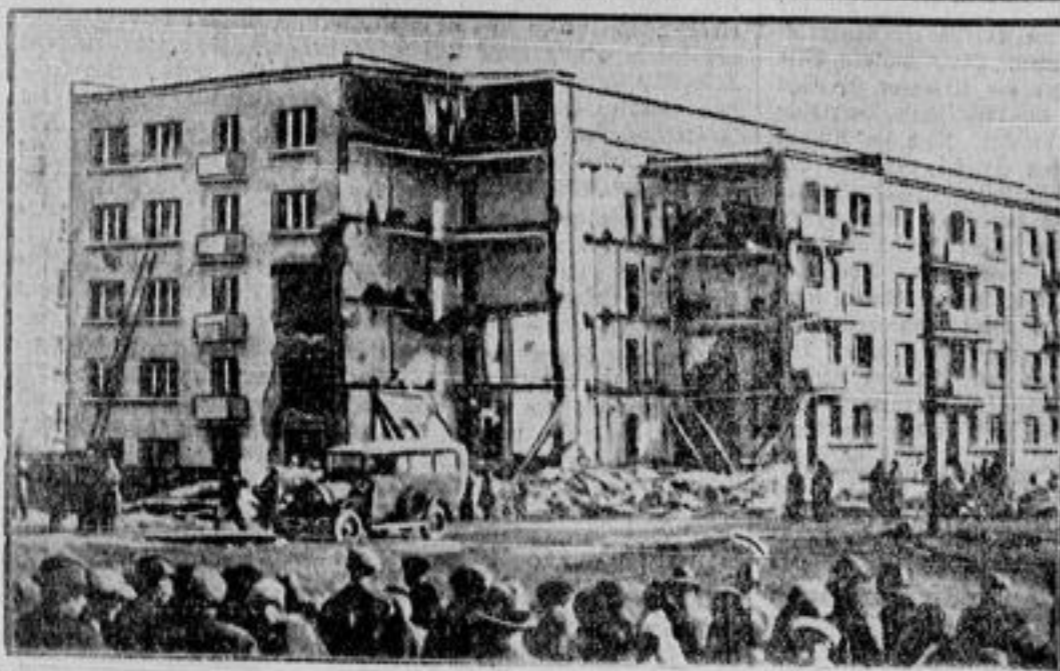
Zu Beginn der Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Dr. Wittern-Lübeck, der 75 Eltern vertritt, die Vertagung der Verhandlung, weil durch die Notverordnung den

Nebenklägern das Recht der zweiten Instanz genommen wird. Das Gericht, heißt es in dem Antrag, sei nicht in der Lage, auf Grund eines ungünstigen Gesetzes zu urteilen.

Rechtsanwalt Frey besaßte sich ebenfalls mit der „Rechtsungültigkeit der Notverordnung“, soweit sie die „Rechtsplege“ betrifft. Man könne niemals das Grundrecht der Vertagung außer Kraft setzen, nach deren Bestimmung niemand seinem gerichtlichen Richter entzogen werden könne. Ausnahmegerichte seien unstatthaft. Er sehe nicht an, zu erklären, daß man sich hier vor einem Ausnahmegericht befinde. Der Antrag Dr. Wittern wurde von allen übrigen Rechtsvertretern der Nebenkläger unterstützt. Der Oberstaatsanwalt plädierte natürlich um Ablehnung des Antrages, da „es nicht Aufgabe des Gerichts sei, zu prüfen, ob durch die Notverordnung der § 48 der Reichsverfassung verletzt worden sei.“

Der vom Stinneskorruptionsprozeß her vielgenannte Rechtsanwalt Dr. Alsbach erklärte darauf im Namen aller Verteidiger der Angeklagten, daß „Einwendungen nur gemacht werden könnten, wenn Rechte der Angeklagten verletzt worden seien. Das treffe hier aber nicht zu.“ Rechtsanwalt Dr. Frey betonte darauf, daß man aus den Äußerungen Alsbachs entnehmen könne, es läge nur darauf an, daß die Willkür aus diesem Prozeß Lehren ziehen wolle.

Tatsächlich scheint man in Lübeck allen Ernstes diesen ganzen Prozeß als einen wissenschaftlichen Kongreß aufziehen zu wollen. Die Bühne für den Mord an den 75 Säuglingen proletarischer Herkunft soll heute in den Hintergrund gedrängt werden. Gegen dieses Manöver protestieren nicht nur die beteiligten Lübecker Eltern, sondern auch die Werktätigen ganz Deutschlands.



### Die Explosionskatastrophe in Gdingen

In der polnischen Hafenstadt Gdingen bei Danzig flog ein neuerbaute Häuserblock durch eine Leuchtgasexplosion in die Luft. Bisher wurden 13 Todesopfer aus den Trümmern geborgen, jedoch wird noch eine weitere Anzahl Personen vermißt.

### Moskau wird verschönert

50 Millionen Rubel soll es kosten

Moskau, 12. Oktober. Der Moskauer Stadtrat hat nunmehr beschlossen, im Zusammenhang mit dem zunehmenden Fremdenverkehr größere Summen für die Verschönerung der Plätze und Straßen der roten Hauptstadt aufzuwenden. Für die nächsten Monate bis zum Jahresende sind für diese Arbeiten im Zentrum der Stadt drei Millionen Rubel veranschlagt worden, und für das Jahr 1932 wurde ein besonderes Programm aufgestellt, dessen Ausführung 50 Millionen Rubel kosten wird.

### Aus Hunger Kindesmörder geworden

Trotzdem zum Tode verurteilt

Freiburg (Breisgau), 12. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte den 29-jährigen ledigen Weber Albert Tschulin aus Maulburg bei Lörrach zum Tode, weil er sein sechs Monate altes uneheliches Kind vergiftet hatte. Das Gericht stellte fest, daß Tschulin die Tat aus Verzweiflung infolge seiner langen Arbeitslosigkeit begangen hat.

Trotzdem also selbst das bürgerliche Gericht feststellen mußte, daß der Angeklagte die grauhige Tat begangen hat, weil er sonst keinen anderen Ausweg aus dem Jammeral der Arbeitslosigkeit mehr sah, verurteilte es ihn zum Tode. Gemäß Köpfen mit Gebeten ist ja auch entschieden leichter durchzuführen als die Ursache des Hungers und der fortwährende steigenden Kriminalität, also das kapitalistische System, zu beseitigen.

### Fliegende Särge ...

Am Sonnabend wurden in Mexiko-Stadt bei einem Flugzeugabsturz fünf Personen getötet.

Bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von New York wurde der ehemalige österreichische Kriegsflieger Edgar Egan Pelzeder zusammen mit zwei Anaben getötet.

### Auf Jagd nach Schwarzsendern



Die englische Polizei hat jetzt mehrere Radioautos im Dienst gestellt, die mit einer vollständigen Funkanlage ausgerüstet sind. Mit Hilfe dieser Autos will man Funkseindringlinge, die ohne Genehmigung der Post betrieben werden, sowie störenden Rückkopplern aufspüren.

Veranstaltung: Wilhelm Pantow, Berlin.

Attentatshotze auf der ganzen Linie zusammengebrochen

## Wahnsinniger als Eisenbahnattentäter?

Hatte Matuska in Jüterbog und Bia-Lorbagy seine Hand im Spiel?

Budapest, 10. Oktober (Telunion.) In den Tagen nach dem Attentat von Bia-Lorbagy ist eine aufsehenerregende Wendung eingetreten. Die Erhebungen der Wiener und Budapest-Polizei scheinen zur Verhaftung eines der Haupttäter geführt zu haben. Es handelt sich hierbei um den 30-jährigen in Gantaver geborenen, aber ständig in Wien wohnhaften angeblichen Kaufmann Schloßer Matuska, der sich in der Unglücksnacht unter den Trümmern des Schnellzuges befand und vorgab, einer der Passagiere gewesen zu sein. Er meldete sich bei der Rettungsstation, wo man seinen Namen aufzeichnete und feststellte, daß er lediglich Schürhaken im Gesicht und im Nacken erlitten hatte. Das bei Matuska vorgefundene Material soll angeblich auch auf einen Zusammenhang mit dem Jüterbog-Attentat hinweisen.

Der verhaftete Matuska hat längere Zeit Experimente mit Eisenröhren angestellt, wie sie bei beiden Attentaten verwendet worden sein müssen. Er hat angegeben, gleichzeitig mit Estrafpatronen experimentiert zu haben, die er in diese Eisenröhren gesteckt hat. Auch in den Taschen des Angeklagten, wurden angeblich Flöcke festgestellt, die vom Estraf herühren können.

Ende Januar ist Matuska einige Tage in Berlin gewesen.

Auch vom 13. bis zum 27. April war er nicht in Wien; er muß diese Zeit größtenteils wieder in Berlin verbracht haben, wie aus einem nach Wien gelangten Telegramm hervorgeht. Zwischen dem 5. und 11. August war Matuska erneut aus Wien verschunden, nachdem er dort in einem Geschäft hundert Glühbirnen erworben hatte. Am 6. August tauchte jener Unbekannte in Berlin auf, der in einem Installationsgeschäft Metallrohre und in den nächsten Tagen in einem anderen Geschäft Draht kaufte. Am 8. August spielte sich dann das Jüterbog-Attentat ab.

Matuska ist erst wieder am 9. August in Wien gewesen. Auch vor und zur Zeit des Attentates von Bia-Lorbagy hat Matuska Reisen nach Ungarn unternommen. Er ist häufig in Budapest gewesen, wo er ständig das Hotel wechselte.

Sollten sich die Angaben dieses Verhafteten bewahrheiten, so bedeutet das den jämmerlichen Zusammenbruch einer beispiellos niederträchtigen kommunistischen, an der sich die gesamte internationale Presse der Kapitalisten und Sozialdemokraten beteiligt hat. Denn wie bereits feststeht, scheint Matuska nicht nur vollkommen unpolitisch, sondern auch geistig nicht normal zu sein. Jedemfalls kann man auf die weiteren Mitteilungen über diese neueste Verhaftung sehr gespannt sein.

### Barthel in Jüterbog unbeteiligt

Berlin, 12. Oktober. Die Untersuchung gegen den aus der Jüterbog-Region nach Berlin überführten Dienstreicher Barthel hat keinen Anhaltspunkt ergeben, daß Barthel im Zusammenhang mit dem Eisenbahnattentat steht.

Gegen Barthel besteht lediglich noch der vom Amtsgericht Görlitz wegen schweren Diebstahls und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erlassene Haftbefehl. Barthel wird in den nächsten Tagen nach Görlitz überführt werden. Die in Petershain gefundenen Sprengstoffe sind nach dem Ergebnis der Ermittlungen in Jüterbog nicht verwendet worden.

### Versicherungsmörder zum Tode verurteilt

Seine hochversicherte Frau im Auto erschossen

Graz, 12. Oktober. Am Sonnabend wurde nach fünfjähriger Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht der 30 Jahre alte Arzt Dr. Joseph Mayer aus Tschernschin bei Wies wegen Erschießung seiner Ehefrau zum Tode durch den Strang unter „Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und des Doktortitels“ verurteilt.

Mayer hatte am 28. Januar d. J. im Auto auf der Staatsstraße im Gebiet der Gemeinde Hangendorf seine Ehefrau mit Revolverkugeln getötet. Er hatte seine Frau

mit einer beträchtlichen Summe versichert. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage mit elf gegen eine Stimme.

### Arbeitslosenproblem gelöst

„Für 1000 bis 2000 Mark erstklassige Dauerstellung“

Ein findiger (oder unerschämter) Kopf hat im „Wirtschaftlichen Generalanzeiger“ folgende kleine Anzeige einlegen lassen:

„Solides Mädchen, welches in der Lage ist, einer besseren Familie als Darlehen 1000 bis 2000 Mark zu gewähren, findet bei gutem Lohne, Behandlung und Kost erstklassige Dauerstellung. Angebote brieflich unter ... erbeten.“

Also für 1000 bis 2000 Mark „erstklassige Dauerstellung“. Nicht übel! Das wäre so ein Ausweg aus der Millionenarbeitslosigkeit. Jeder Erwerbslose spart seine Krisenunterstützung und kauft sich damit eine prima erstklassige Dauerstellung. Uns wundert bloß, daß die sozialdemokratischen Quacksalbertrüge des Kapitalismus noch nicht auf den Tip gekommen sind.

### Schweres Erdbeben auf den Salomoninseln?

Die Erdbebenstation in Sydney registrierte am Sonnabend um 10.25 Uhr einen heftigen Erdstoß, dessen Zentrum sich nach den angestellten Berechnungen in einer Entfernung von etwa 3300 Kilometer, vielleicht auf den Salomoninseln befindet.





# Mit Schwere und Summen

## Bestörte Festreden

Brüning und Severing holen sich auf einem Festbankett eine proletarische Antwort

Heber die Jubiläumstagung der deutschen Sparkassen in Berlin berichtet „Berlin am Morgen“:  
Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband feierte am Montag dieser Woche im Herrenhaus in Berlin sein 50-jähriges Bestehen. Man nahm diesen Anlaß zum Vorwand zu einer großen Kundgebung, auf der Brüning, Severing und Dr. Lütkestrahl auftraten. Die Lage der Sparkassen ist von den Vorgängen auf dem Währungsmarkt unmittelbar abhängig. Das Vertrauen der Sparer hat in den letzten Jahren schwere Wunden erlitten. Man ließ also im Herrenhaus große Berühmungsreden vom Stapel. Brüning selbst mußte Canal und Brand in den Kreditbüchern von Brüningstünden an der Hand im Stich lassen und wieder einmal eine markige Programmrede halten.

Der Reichstagspräsident versicherte, daß Deutschlands Währung unerschütterlich bleiben muß und daß die Regierung im Verein mit der Reichsbank alles tun werde, um die Währung



Eine sonderbare Begegnung

Just zu der Zeit, da die englische Atlantik-Flotte meuterte, weilt der Verräter der indischen Freiheitsbewegung, Gandhi, am Tisch seiner Herren in London. Dort traf der Mahatma Charlie Chaplin, von dem er bis dahin noch nichts gewußt hat. Für Charlie hat die Begegnung hoffentlich den Erfolg, daß er sich diesen Gandhi in einem seiner nächsten Filme vornimmt.

und ihren Bestand zu schützen. Er kündigte dann mehrere rigoreuse Maßnahmen der Reichsregierung an und meinte, die deutsche Wirtschaft habe „in einem Reinigungsprozeß großen Umfang“. Als er am Schluß auf die Selbsthilfe des deutschen Volkes zu sprechen kam, fand er allerdings nicht nur den lauten Beifall der meisten Versammlung von mehreren hundert Direktoren privater und öffentlicher Banken und sonstiger Geldinstitute, es erhob sich plötzlich der Berliner kommunistische Stadtverordnete Fritz Lange, der mit zwei anderen linken Parteifreunde der Delegation der Berliner Stadtbank angehört, und rief dem Kanzler mit lauter Stimme zu:

„Wenn das Volk erst zur Selbsthilfe greift, ist Ihre Herrschaft vorbei. Dann haben Sie augenweckend! Es wird Ihnen auch kein Herr Severing mehr etwas nützen!“ Die Festversammlung war sprachlos. Severing wurde nervös, Brüning verzuchte, Lütkestrahl zu lächeln. Der Präsident schwang verächtlich die Glotze: „Ich bitte um Ruhe, was soll denn das Volk denken?“ (Es war nämlich das Kundfunk-Mikrophon eingeschaltet!) Der Stadtverordnete ließ sich nicht aus dem Konzept bringen: „Das Volk sind wir!“ rief er dem Präsidenten zu. (Man hörte es in ganz Deutschland!)



Japaner werden hier nicht bedient

### Chinesisch-japanischer Krieg auch bei uns

In Berlin gibt es mehrere chinesische Lokale, die bisher gleichmäßig sowohl von Chinesen als auch Japanern aufgesucht wurden. Die letzten Ereignisse im Fernen Osten haben das jedoch geändert. Die Entwicklung des Interventionseinsatzes der Japaner in die Mandschurei haben in Berlin dazu geführt, daß für die Japaner der Boykott verhängt wurde. Der Inhaber des Lokals „Tientsin“ ließ das links unten dargestellte Schild aushängen, demzufolge Japaner nicht bedient werden.

Unter sichtbarer Unruhe erhob sich nun der preussische Innenminister Severing, um mit mächtiger Stimme seine Rede vom Platz abzuleiten. „Der Staat und seine Organe“, jagte Severing, „werden mit allen Mitteln des Gesetzes gegen unverantwortliche Gerüchtmacher vorgehen.“ Als er meinte, daß jeder ein Schädling an der deutschen Wirtschaft sei, der sein Geld in den Strumpf steckt, rief ihm der Stadtverordnete Lange zu:

„Das Volk hat nur noch Vöcher in den Strümpfen, sonst nichts!“

Nun entstand ein durch das Radio in ganz Deutschland vernehmbarer furchtbarer Tumult. Die Herren Bankdirektoren verließen den kommunistischen Stadtverordneten anzugreifen. Severing erinnerte sich nun an seinen Hauptberuf als Polizeiminister und erklärte mit erhobener Stimme, die Selbsthilfe könne auch darin bestehen, solche Zwischenfälle zu entfernen. Worauf ihm der kommunistische Stadtverordnete laut und deutlich befehlte:

„Der Gummihüpfel ist schon immer Ihr einziges Argument gewesen!“

Da kette ein wahres Toben los. Alles brüllte durcheinander: „Raus mit dem Kerl!“

Die Saalpolizei wurde mobilisiert und der kommunistische Stützentrieb wurde aus der Illustrierten Gesellschaft hinausgeworfen. (Der Kundfunk blieb eingeschaltet. Bravo!) Severing beendete dann seine Rede unter größter Nervosität. Nach ihm sprach noch der Regierungsrat Dr. K. L. über den Weg der Sparkassen durch die Wirtschaftskrise, und der Reichsbankpräsident Dr. Lütkestrahl, der sich vor allem auf die Folgen der Londoner Vorgänge konzentrierte und der das Festhalten der Reichsbank an der stabilen Goldwährung als absolut sicher hinstellte.

## Von Lutschbonbons, SM-Rasierlingen und anderen Süßelchen

Im Inseratengarten der nationalsozialistischen Zeitungen finden seitdem Gewächse. So finden wir im „Freiheitskampf“, dem Verbandsorgan aller deutschen Nationalisten, vom Montag, 28. 11. Jahrgang 1931, Nr. 226, folgendes würdige Kräutlein:

### • Gummi •

• Waschen aller Art  
• Frauenhygienepapier  
• hygienische Frauen- und Herrenartikel  
• Unangeteilter Einkauf  
• Super-Gummimwarenhandel  
• „Discret“  
• Freiberger Platz 8  
• Nachnahme Frauen- und Herrenbedienung

„Unangeteilter Einkauf“ im Haus „Discret“. Nicht schlecht. — Und kann etwas dagegen einwenden, wenn nicht vor gar nicht allzu langer Zeit in der bildlichen bombastischen Form Grund- und Leitlinie für das „Dritte Reich“ verlobt worden wären, nach denen die Reichsregierung der natürlichen Fruchtbarkeit unter schmerzliche Anhaltungsregeln gestellt werden soll. Herr Prof. Staemmler, der beherrschte nationalsozialistische Führer vom hygienisch-pathologischen Institut in Chemnitz, der die Gegner am liebsten heute schon totschlagen lassen möchte, hat erst kürzlich in einer Chemnitzer Versammlung diese nationalsozialistische Moral erneut verlobt. Aber wie noch in jedem Falle, hat auch hier die Nazimoral einen doppelten Boden. Das Inserat spricht für sich. Die „Moral“ der Nazis hört eben genau dort auf, wo das Geldnehmen anfängt.

Der „Völkische Beobachter“, München, geht sogar noch einen Schritt weiter. Er garantiert laut Anzeile für „nachweisbar größten Erfolg“ der erdienenen Inserate. Die himmelhohen Uebertraunung auf die obige Anzeile müßte die dafür Verantwortlichen in schwerer Konfession mit ihrer eigenen Ueberzeugung bringen, wenn es sich nicht gerade um Nazis handelte. Was nun, wenn das „discrete“ Haus plötzlich auf den Einkauf kommen sollte, kategorisch auf den Erlösnachweis zu pochen?



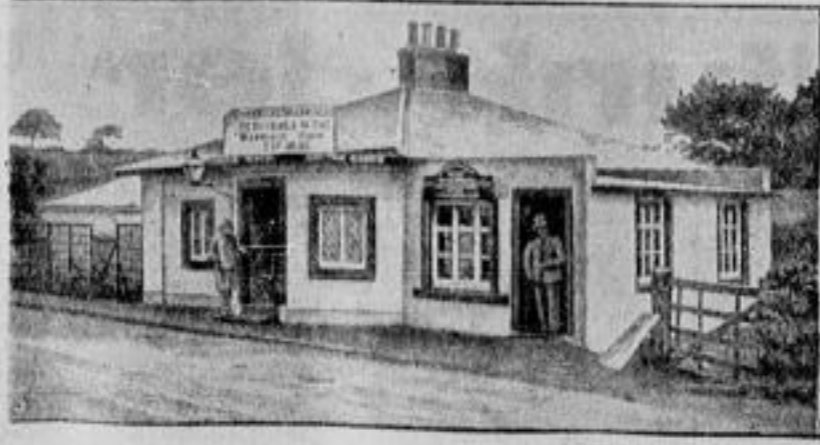
Aus der Eiswüste gerettet

In Kopenhagen sind gestern die beiden Gefährten des im Grönlandeis umgekommenen deutschen Forschers, Professor Wegener, Dr. Georgi (links) und Dr. Sorge (rechts) auf der Rückreise eingetroffen: in der Mitte der bekannte Grönland-Schriftsteller Peter Freuchen. Die beiden Forscher, die in einer in der Inlandeis eingehauenen regelrechten Höhle gehaust hatten, berichteten von 60 Grad minus als stärkster Kälte, die sie auf dem Eis registriert hatten.

Was man bisher noch nicht aus den Zeitungen der NSDAP erfahren konnte, kann man aus Kindermund hören. So wurden in den letzten Wochen in der Umgegend von Chemnitz, vor allem in Orten, wo die Nazis kurz vorher Arbeiter niederschlagen oder gar ermordet hatten, an die Kinder auf den Straßen Bonbons verteilt, die mit einem Hakenkreuz markiert waren und sich in der bekannten schwarzweißen Verpackung präsentierten, wie man sie von den „parteilosen“ Bekanntmachungen der Nazis her gewöhnt ist: roter Ring, weißes Feld, schwarzes Hakenkreuz. Mit diesem Zucker verlockt man die Kinder jener Arbeiter zu verhaften, die die SA-Banden als Feindbild betrachteten. Die Väter und Brüder schlafen zu tot — die Kinder füttern sie mit Bonbons. So bauen die Nazis das „Dritte Reich“ — — —

Es gibt aber auch noch andere Artikel in Herrn Hilfers Anzeigen. So liegt eine eine Rasierlinde vor, die mit dem Bild eines strammen SA-Mannes besetzt ist, wie ihn die „deutsche“ Jugend sich erträumt. Zwar planen die Besonderen in der Wirklichkeit fast nie an das erträumte Bild heranzukommen. Wir haben aktuellste Beispiele dafür erlebt. Der Hakenkreuz-Kaufsmörder, der in Stuttgart eine alle alleinlebende Witwe um ihrer paar Dabbelnoten willen ermordete, ist mehr als nur ein Einzelfall. Nur, daß die übliche Presse die Morde an Arbeitern totzuschweigen pflegt. Aber auch die in die Uniform des eine Naziführer schwingenden SA-Mannes geschulte Rasierlinde ist zum Beispiel zu wertlos: nimmt jeder und Uniform weg — und der blanke Stahl kommt zum Vorschein! Das ist Dittlers „mitde, verwegene Schat“!

Es könnte kaum, sich auch nur andeutungsweise damit zu beschäftigen, wenn nicht immer und immer wieder verlockt würde (auch in der bürgerlich-sozialistischen Presse!), die Nazis als den Ausbund „deutscher Reinheit, Manneswürde und Sittlichkeit“ hinstellen. Die oben angeführten „Kleinigkeiten“ kennzeichnen die ganze Besessenheit.



### Eine Schmiede als Konkurrent des Standesamtes

In England gibt es die sogenannte „Glücks“-Schmiede von Gretna Green. Der Besitzer dieser kleinen Schmiede besitzt das durch die Tradition verbriefte Recht, Verlobungen vorzunehmen. Seit 1830 sind hier im Laufe der Jahre mehr als 10.000 Eheschließungen vollzogen worden. Eine ganz gute Nebenbeschäftigung für den Schmied. Wenn es keine Pferde zu beschlagen gibt, dann werden eben Menschen an die „Ehefessel“ geschmiedet.

### Der früheste Winter seit Jahrzehnten

In Südbayern und Tirol ist ein Winternbruch erfolgt, wie er in diesem Ausmaß zu so früher Zeit seit Jahrzehnten nicht erlebt wurde. Im Allgäu schneite es über 24 Stunden lang ununterbrochen. Die Alpentäler sind bis nach Tirol hinein mit einer Schneedecke von mehr 10 Zentimeter bedeckt. In den Bergen selbst liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch. Der Schaden für die Landwirtschaft ist außerordentlich groß. — Unser Bild zeigt das eingeschneite Ehrwald in Tirol mit dem Wettersteingebirge im Hintergrund.

